

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 18993. — **Bureau in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telefon** 4596

Inseratenpreis: Die 7 gespaltene Kolonelleise oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorkauf 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M. **Reklame-Kolonelleise** 7.50 M. — **Telephon** für die Inseraten-Abteilung 2721 **Schluss** der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Landtagswahlen in Preußen.

Gestern haben in Preußen die Wahlen zum Landtag stattgefunden. Die Wahlbeteiligung scheint im allgemeinen sehr rege gewesen zu sein, wenn sie auch nicht so stark war wie bei den Reichstagswahlen im Sommer des vergangenen Jahres.

Die Wahlergebnisse laufen ziemlich langsam ein und es ist deshalb zur Stunde noch nicht möglich, ein Urteil über den Ausfall der Wahl zu fällen. Auf Grund der bis jetzt vorliegenden Resultate ist zu konstatieren, daß die seit den ersten Wahlen nach der Revolution bei allen späteren Wahlen zu beobachtende Stärkung der extremen Parteien auf der Rechten und der Linken angehalten hat. Immerhin dürfte der Zug nach rechts nicht so stark gewesen sein, wie man allgemein erwartet hat. Andererseits ist anscheinend auch der Zustrom der Arbeiterwähler zur kommunistischen Partei nicht so groß gewesen, wie man nach der außerordentlich rührigen Agitation der Kommunisten hätte annehmen müssen. Die Kommunisten haben selbstverständlich auf Kosten der Unabhängigen Sozialdemokratie in verschiedenen Bezirken wesentliche Zunahmen an Stimmen zu verzeichnen, aber wir glauben kaum, daß sie — nach den bisherigen Ergebnissen — mit besonderer Befriedigung auf den Wahlausfall blicken werden. In Berlin z. B. hat die USPD fast doppelt soviel Stimmen gemustert wie die KPD, und auch in andern Städten haben unsere Genossen trotz der Spaltung noch immer recht respektable Stimmengahlen aufzuweisen. Selbst in der Hochburg der Kommunisten, im Bezirk Halle—Merseburg—Zeitz—Weißenfels, hat unsere Partei eine recht ansehnliche Stimmengahl auf ihre Liste vereinigt. Jedenfalls läßt sich heute schon sagen, daß die Unabhängigen Sozialdemokratie keine Ursache hat, mit besonderer Besorgnis in die Zukunft zu schauen.

Besonders bemerkenswert ist die Tatsache, daß sich die rechtssozialistische Partei verhältnismäßig gut behauptet hat und in einzelnen Kreisen sogar einen Stimmengewinn verzeichnen konnte.

Berlin, 21. Februar. (M.) Nach den bisher vorliegenden Nachrichten ist die Wahlbeteiligung bei den Preußenwahlen gegenüber derjenigen bei der Reichstagswahl erheblich zurückgefallen. Das trifft besonders für Berlin zu, wo etwa 70 Prozent der Wähler zur Wahlurne schritten, während in den übrigen Gegenden Preußens die Wahlbeteiligung durchschnittlich 80 Prozent erreicht hat. Besonders gering war sie anscheinend im besetzten Gebiet, wo im Durchschnitt etwa 60 Prozent der Wähler ihrer Wahlpflicht genügten. Am höchsten war die Wahlbeteiligung in den Grenzgebieten Schleswig und Ostpreußen, wo es sich nicht nur um die Landtagswahlen, sondern auch um die noch nicht erfolgten Wahlen zum Reichstage handelte; hier schritten etwa 80 Prozent der Wähler zur Wahlurne. Besondere Zwischenfälle sind bis jetzt nicht gemeldet worden. Das Ergebnis der Wahlen läßt eine bedeutende Vermehrung der Stimmengahl der extremen Parteien erkennen. In erster Linie haben die Deutschnationalen sehr erheblich gewonnen, aber auch ein sehr starkes Anwachsen der kommunistischen Stimmen ist zu verzeichnen, dagegen haben die Unabhängigen eine erhebliche Stimmengahl eingebüßt. Diese Tatsache ist natürlich auf die Spaltung der USPD zurückzuführen. Eine Zusammenfassung der Stimmengahl der Unabhängigen und Kommunisten aus der gesamten Landtagswahl würde ungefähr die Stimmengahl der USPD bei der Reichstagswahl ergeben. Wiederum starke Einbuße hat die Demokratische Partei. Verhältnismäßig nicht schlecht hat auch die Deutsche Wirtschaftspartei abgeschlossen. Die Deutsche Volkspartei dürfte gegenüber ihren früheren Stimmen ein geringes eingebüßt haben.

Berlin, 21. Februar. Bis 5 Uhr früh waren 53 Wahlergebnisse bekannt. Gewählt sind 8 Deutschnationale, 7 Deutsche Volkspartei, 6 Zentrum, 2 Demokraten, 1 Arbeiter, 19 Mehrheitssozialisten, 5 Unabhängige, 4 Kommunisten und ein Wirtschaftsparteiler.

Stadt Berlin. Deutschnational 168 000 (letzte Reichstagswahl 122 000), Deutsche Volkspartei 120 000 (150 000), Zentrum 40 000 (36 000), Demokraten 66 370 (75 000), Mehrheitssozialisten 221 000 (187 000), Unabhängige 197 000 (456 000), Kommunisten 112 000 (14 000), Wirtschaftspartei 46 750, Niederländische Landespartei 20. Gewählt sind 4 Deutschnationale, 3 Deutsche Volkspartei, 1 Zentrum, 1 Demokrat, 5 Sozialdemokraten, 4 Unabhängige, 2 Kommunisten, 1 Wirtschaftspartei. Die Gewählten sind: Staatsminister Fischel (Dem.), Redakteur Karl Leid (USPD), Theodor Liebknecht (USPD), Parteisekretär Otto Meier (USPD), Dr. Hermann Wegl (USPD), Staatsminister Hergl (Dnat.), Landrichter a. D. Dr. Kaufmann (Dnat.), Stadtverordneter Paul Rießer (Dnat.), Pfarrer Julius Roth (Dnat.), Staatsminister Paul Hirsch (Soz.), Ingenieur Hermann Lüdemann (Soz.), Mechaniker Gustav Heiser (Soz.), Gewerkschaftsangehörige Gertrud Hanna (Soz.), Redakteur Erich

Kuttner (Soz.), Adolf Hoffmann (Kom.), Otto Markschede (Kom.), Hugo Garmisch (D. Sp.), Georg Wolf (D. Sp.), Klempnermeister Oscar Musad (D. Sp.) und Tapezierermeister Franz Holzhammer (Wirtschaftspartei).

Berlin, 21. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) In Charlottenburg war bis auf 8 Wahlbezirke folgendes Ergebnis vorhanden: Sozialdemokraten 27 700, Unabhängige 18 500, Kommunisten 8100, Deutschnationale 34 500, Deutsche Volkspartei 29 700, Demokraten 18 100, Zentrum 5600, Mittelstandsparteien 8500. In Schwanebeck erhielten Sozialdemokraten 2048, Unabhängige 618, Kommunisten 280, Deutschnationale 3722, Deutsche Volkspartei 3340, Zentrum 285, Mittelstandsparteien 540. In Neu-Rölln: Sozialdemokraten 37 002, Unabhängige 23 517, Kommunisten 18 899, Deutschnationale 13 273, Deutsche Volkspartei 1190, Demokraten 6130, Zentrum 3908, Mittelstandsparteien 7741.

Bürgerliche Mehrheit bei der Bürgerstimmwahl in Bremen.

Bremen, 21. Februar. Im Freistaat Bremen fanden gestern auch die Bürgerstimmwahlen vom 9. Januar nötig gemordenen Bürgerstimmwahlen statt. Soweit sich aus den vorliegenden Resultaten erkennen läßt, dürften sie eine knappe bürgerliche Mehrheit ergeben. Bisher wurden gewählt in Bremen-Stadt für die Deutschnationalen 9500, Deutsche Volkspartei 40 000, Demokraten 27 200, Zentrum 3500, Sozialdemokraten 35 000, USPD 34 000, Kommunisten 12 000, Wirtschaftspartei 5000 Stimmen.

Kapitulation der Reichsregierung vor Kahr?

München, 19. Februar. (M.) Die aus Berlin in hiesigen Regierungskreisen eingetroffenen Nachrichten, daß die Reichsregierung beschlossen habe, die Entwaffnungsfrage in Bayern bis zur Erledigung der Londoner Konferenz aufzuschieben, wird hier als ein großer Erfolg der Regierung v. Kahr gebucht.

Ueber die Entwaffnungsfrage ist bekanntlich in Paris bereits endgültig entschieden worden, es wird über sie in London also nicht mehr beraten werden. Sollte die Regierung tatsächlich einen solchen Beschluß gefaßt haben, so würde das nicht weniger bedeuten, als daß sie mit dem Bruch mit der Entente rechnet oder gar auf ihn hinarbeitet. Sie wäre also vollkommen in das Fahrwasser der verbrecherischen Politik der Kahrregierung geraten.

Demgegenüber ist es zu begrüßen, daß auch das Münchener Gewerkschaftsamt den Kampf der sozialistischen Parteien gegen das tollhaiserrliche Treiben der Regierungsparteien unterstützt, wie aus folgender Meldung hervorgeht:

München, 19. Februar. (M.) Der Gewerkschaftsverein München hat einstimmig eine Entschließung angenommen, die das Vorgehen der sozialdemokratischen Parteien im bayerischen Landtage gutheißt und erwartet, daß sie an ihrem Standpunkt festhalten, die Regierung Kahr zu zwingen, von ihrer verbrecherischen Politik im Interesse des Reiches abzustehen. Die Arbeiter Münchens sehen den kommenden Auseinandersetzungen mit Ruhe entgegen, würden aber, wenn notwendig, vor Anwendung der härtesten Mittel nicht zurückschrecken.

Die bayerische Königsregierung tritt gleichfalls immer unversöhnlicher als Gegnerin des Ministeriums v. Kahr und seiner Politik in der Einwohnerwehrfrage auf. Sie unternimmt jetzt den Versuch, die Teile des Bayerischen Bauernbundes, der Bayerischen Volkspartei und der Demokraten, die in einzelnen Punkten sich nur schweren Herzens in die Koalitionspolitik hineinfinden können, aus der Koalition abzusprenken.

Ständrecht in Ungarn.

Wien, 19. Februar. Den Abendblättern zufolge verläuft in hiesigen politischen Kreisen, daß über ganz Ungarn das Ständrecht verhängt sei. Infolge Pressezensur sei bisher Nachricht nicht zu erreichen. Die Maßnahme soll mit einer Bewegung der Arbeiterschaft, die dieser Tage in den Lohnkampf trat, zusammenhängen.

Einigung zwischen Regierung und Beamten in Oesterreich.

Wien, 20. Februar. Wie die Blätter melden, ist es bei den gestrigen Verhandlungen der Vertreter der Staatsangestellten mit der Regierung gelungen, eine Einigung zu erzielen auf der Grundlage, daß die Angestellten für Februar einen Vorstoß von 3000 Kronen vorbehaltlich der Genehmigung durch den Nationalrat erhalten. Die Beamten haben ungefähr 60 Prozent ihrer Forderungen erfüllt bekommen.

Bayern am Todestag Kurt Eisners.

Von Felix Fechenbach, München.

Ein Taumel des Wahnsinns hat Bayern erfaßt. In nationalstiller Verbendung, aufgelaßt durch den Hahnschlag der Revanchepolitiker, rebelliert die bayrische Regierung gegen das Reich. Die Frage der Entwaffnung der konterrevolutionären Einwohnerwehren wird zum Anlaß wüster nationalstiller Hege genommen und in aller Offenheit zu einem neuen Kriege gegen die Westmächte aufgeföhrt. Die Geheimdiplomatie der bayrischen Regierung hat die Lage nur noch verschärft, weil die äußerste Rechte glaubt, Anlaß zu haben, die bayrische Regierung anzukreiden, ihren Widerstand gegen die Entwaffnung bis zum äußersten fortzusetzen, während die Linke begründete Ursache zu schärfstem Mißtrauen hat. Diese Geheimdiplomatie der Regierungen war das Unglück der Völker. Sie hat verhindert, daß es in den kritischen Julitagen 1914 zu einer Verständigung kam: sie hat bewirkt, daß die Völker viereinhalb Jahre das drückende Joch des Krieges trugen, und sie läßt sich an, da sie heute, wie von jeher alle Geheze von Gerechtigkeit und Sittlichkeit mißachtet, aufs neue die folgenschwersten Verwicklungen heraufzubeschwören. Diese unglückselige Geheimdiplomatie ein für allemal aus der Welt zu schaffen, war Kurt Eisner von dem Tage an bestrebt, da er nach Niederwerfung der alten Mächte im November 1918 Bayerns erster sozialistischer Ministerpräsident wurde. In der Inauguraladresse der internationalen Arbeiterassoziation vom Jahre 1904 sagt Karl Marx: „Wenn die Befreiung der Arbeiterklasse die überliferliche Vereinigung und Mitwirkung der Arbeiterklasse voraussetzt, wie kann sie diese große Mission erfüllen, solange eine auswärtige Politik, verbrecherische Pläne verfolgend, nationale Vorurteile gegeneinander aufstößt und in räuberischen Kriegen Blut und Vermögen des Volkes vergeudet?“ Und er bezeichnete die von der Internationale zu erstrebende auswärtige Politik mit den Worten: „Die einfachen Geheze der Sittlichkeit und Gerechtigkeit, die die Beziehungen zwischen Privatkenten regieren sollen, müssen auch Geltung erhalten als die obersten Geheze im Verkeh zwischen Völkern.“ Diese Grundsätze einer sozialistischen Außenpolitik leiteten Kurt Eisner, als er einen Bericht des bayrischen Gesandten in Berlin aus den Julitagen 1914 veröffentlichte. Mit der Bekannngabe dieses Dokuments, das die verbrecherische Politik des kaiserlichen Deutschlands schwer belastete, gab Kurt Eisner ein Bekenntnis zur Politik der Wahrheit und der Offenheit. Er wollte damit dokumentieren, daß im neuen Deutschland ein neuer Geist eingezogen ist, der nichts zu tun hat mit den Verbrechen der Vergangenheit. Aber diese freiwillige Wahrheitsliebe war Eisners Verhängnis. Von dem Tage der Veröffentlichung dieses Dokuments setzte die Pressehege gegen ihn mit verdoppelter Kraft ein. Und in Bern auf der internationalen Sozialistenkonferenz versuchte er die innere Wandlung und Erneuerung Deutschlands, an die er im Innersten glaubte, aufs neue zu dokumentieren. Unter stürmischem Jubel rief er den Vertretern des internationalen Proletariats zu: „Glauben Sie uns in Deutschland: Das deutsche Volk ist ernstlich entschlossen, im neuen Geist zu leben. Es ist unschuldig an den Verbrechen der Vergangenheit. Wenn es eine Schuld hat, dann die, daß es sich durch die Lüge irreföhren ließ. Heute sind wir frei, und weil wir frei sind, können wir die Wahrheit sprechen, und weil wir die Wahrheit sprechen, darum können wir fordern, daß man Menschlichkeit auch gegen uns übe!“ Mit seiner Berner Rede hat Eisner der Völkerveröhnung wohl den besten Dienst geleistet. Aber in Bayern wurde es ihm schlecht gedankt. Man wollte die Wahrheit nicht hören, und eine Sturmflut von Gift und Lüge war die Quittung auf das Bekenntnis zur Wahrheit. Am 13. Februar verteilten Münchener Studenten Handzettel mit einer Herausforderung gegen Kurt Eisner. In demselben Augenblick, da Deutschland am Abgrund taumelte dank der Verbrechen der Vergangenheit, da alle Arbeit darauf gerichtet sein mußte, das nackte Leben aus dem Zusammenbruch zu retten, tobte in München eine unzurechnungsfähige Horde, um mit Lügen und Verleumdungen das Werk eines Mannes zu zerstören, der eben in Bern nachsücht hatte, die Verantwortlichkeit, die Arbeiter der ganzen Welt für das deutsche Volk zu gewinnen. Es traf hier auf München zu, was Eisner einmal sagte: „Wenn die Welt nur gemein wäre, dann ginge es noch; dann könnte man ihr noch einreden, daß die Gemeinheit nicht glücklichaft macht. Aber leider, sie ist auch so dumm, daß sie nicht begreift, was man ihr beweißt.“ Und die Hege gegen Kurt Eisner ging weiter bis zu jenem unglückseligen 21. Februar 1919, da ein von der Presse irreföhrteter junger Student die Mordwaffe auf Eisner richtete.

Kurt Eisner war kein Politiker gewöhnlichen Stils, wie jene kurzschichtigen Geschäftspolitiker, die nicht über den Tag hinaussehen. Er war eingestellt auf den großen Gang der Entwicklung, und deshalb wurde er oft mißverstanden von den Handwerkern des Tagespolitik. Von dem Tage seiner Ermordung datiert die Entwicklung zu den Zuständen, die wir heute in Bayern erleben.

Angewöhnt von berechtigtem Zorn erhob sich das Münchner Proletariat und schied dabei über das Ziel des Möglichen hinaus, nicht besitzend, daß die Gesamtentwicklung in Deutschland noch nicht den Grad der Reife erlangt hatte, der die Voraussetzung für die Herrschaft des Proletariats in Bayern gewesen wäre. Es kam die blutige Niederknüpfung der Münchner Räterepublik im Mai 1919. Und von da ab hatte sich die Konterrevolution in Bayern festgesetzt. Die Rechtssozialisten, unter deren Augen die Konterrevolutionäre Rebellen vom 14. März, Der Weg vom 21. Februar 1919 bis zur Regierung Kahr ist in Bayern mit Blut geschrieben. Hunderte Proletarier mußten auf der Straße ihr Leben lassen, andre wurden an die Wand gestellt und viele schmachten noch heute in den Gefängnissen und auf der Festung.

Im Dezember 1918 hatte der rechtssozialistische damalige Minister Auer die ersten Versuche zur Schaffung einer „Bürgerwehr“ gemacht, deren Gründung aber von Kurt Eisner verhindert wurde. Nach der Räterepublik verwirklichte Auer dann seinen Vorkriegsplan und schuf seine „Bürgerwehr“, die heute unter dem Namen „Einwohnerwehr“ in den Händen der Konterrevolution eine gefährliche Waffe geworden ist. Nicht umsonst klammert sich die Regierung Kahr, die nur ein Werkzeug der militaristischen Reaktionäre ist, an diese Einwohnerwehren. Sie sind die Kadaver einer neuen Armee, die Sturmtruppen kommender Putschpläne von rechts. Gemeinsam mit der in Bayern als „Hoharbeiter“ untergebrachten Marinebrigade Ehrhardt soll die Anschließfrage Deutsch-Oesterreichs durch die Einwohnerwehr annexionsistisch gelöst werden. Dieser phantastische Plan muß notwendig zu schwersten Konflikten führen. Die Reichsregierung fordert die Auflösung und Entwaffnung der Einwohnerwehren, aber die bayerische Regierung darf auf Befehl des im Münchner Ringhotel untergebrachten Hauptquartiers der bayerischen Orde die diesem Verlangen nicht nachkommen. Sie riskiert eine Regierungskrise, und als es ihr schließlich nach schwierigen Verhandlungen gelingt, die Widerstände bei den Koalitionsparteien zu überwinden, erklärt sie der Reichsregierung, daß sie ihre Hand nicht zur Entwaffnung der Einwohnerwehren bietet. Die Reichsregierung müsse alle Verantwortung für eine etwaige Entwaffnungsaktion in Bayern selbst tragen. Das geschieht in einem Augenblick, da die Gefahr droht, daß wegen solcher Weigerung weitere wichtige Gebiete Deutschlands von der Entente besetzt werden. Die bayerische Regierung hat über ihre Stellung zur Entwaffnungsfrage bis heute noch nicht volle Klarheit geschaffen. Alle Verhandlungen über diese Frage fanden hinter verschlossenen Türen statt und die Ate, die von München an die Reichsregierung gelangt wurde, ist bis heute noch Geheimnis. Nur andeutungsweise erfährt man, daß Bayern die ganze Verantwortung für die etwaige Entwaffnung dem Reiche zuschiebt. Bayern treibt passiv Resistenz und provoziert damit eine Auseinandersetzung mit dem Reiche, die die schwersten inneren und außenpolitischen Gefahren in sich birgt. Parallel damit laufen die separatistischen Bestrebungen der Münchner Regierung, die zwar bei jeder Gelegenheit ihre „Reichstreue“ feierlich betont, praktisch aber auf den offenen Konflikt mit Berlin hinarbeitet.

Es gab schon einmal eine Zeit, da scharfe Spannung zwischen München und Berlin herrschte. Kurt Eisner führte einen heftigen Kampf gegen das Berliner Auswärtige Amt, in dem Dr. Solf am Gängelbande Erzbergers, belastet mit der Kriegspolitik des kaiserlichen Deutschlands, die auswärtige Politik der jungen Republik im alten Geiste weiterführte. Kurt Eisner forderte mit Recht die „Ausänderung“ des Auswärtigen Amtes und seine Besetzung durch neue Männer, die sich während des Krieges reine Hände bewahrt hatten. Im Auslande konnte man damals nicht begreifen, daß immer noch nicht die, als so bitter notwendige, Reinigung vollzogen war. In Berlin wollte man nicht begreifen, wie aufreizend es im Auslande wirken mußte, daß immer noch die zünftige Diplomatie der Kriegsjahre das Auswärtige Amt bevölkerte. Die Internierung Erzbergers in Trier hat dann die Möglichkeit der Eisnerischen Politik bewiesen. Schließlich mußte man in Berlin doch zu der Einsicht kommen, und Dr. Solf schied aus dem Auswärtigen Amt aus. Heute werden vielfach — allerdings ganz im Unrecht — Parallelen gezogen zwischen dem München-Berliner Konflikt Eisners und Kahrs. Man hat Eisner Partikularismus vorgeworfen und sucht damit Kahrs Separatismus zu rechtfertigen. Nichts ist unberechtigter, als dieser Vergleich. Wenn Kurt Eisner gegen Berlin kämpfte und Bayern erhöhte außenpolitische Bedeutung geben wollte, so war diese Politik durchaus revolutionär. Er wollte den entscheidenden Bruch mit der alten Geheimdiplomatie und im Verkehr zwischen den Völkern „den einfachen Gesetzen der Sitlichkeit und Gerechtigkeit Geltung verschaffen, die auch die Beziehungen zwischen Privatsenten regieren sollen“. Diese Entwicklung wollte er von München aus fördern, weil an Berlin immer noch die Erinnerung der Kriegsjahre lebte. Die Außenpolitik und der Separatismus des Herrn v. Kahr aber ist durchaus konterrevolutionär. Kahr geht darauf aus, die Reichspolitik Bayerns, die gestützt ist auf die gut bewaffnete Einwohnerwehr, zu erhalten, die Reichspolitik zu durchkreuzen und mit Hilfe seiner weißen Gardien die alte Herrschaft wieder auszurufen. Die Pläne einer katholischen Donamonarchie, die auch vom Vatikan unterstützt werden, spielen dabei eine nicht unerhebliche Rolle. Die Reichspolitik Bayerns steht und fällt mit den Einwohnerwehren, und deshalb wird in München mit allen Mitteln an ihrer Erhaltung gearbeitet.

Aber auch das bayerische Proletariat ist sich über den Kern dieser Frage im Klaren, und in Nordbayern hat die Arbeiterschaft ihre Stimme erhoben, die der Regierung Kahr deutlich zu verstehen gab, daß der Arbeiterschaft das Reich näher liege als das Münchner Volkhaus. Im Falle eines ernsthaften Konflikts zwischen dem Reiche und Bayern wird sich das gesamte bayerische Proletariat daran erinnern, daß Kurt Eisner unter revolutionärer Politik verstanden hat. „Im richtigen Augenblick handeln und das durchsetzen“, was in der Tat notwendig ist. Von diesem politischen Wahlspruch Kurt Eisners wird sich die Arbeiterschaft stets leiten lassen. Dann werden die Pläne der bayerischen Katastrophopolitiker zerfallen an dem entschlossenen Willen des gesamten Proletariats.

Weitere Ergebnisse der Landtagswahlen in Preußen.

Berlin, 21. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Folgende Resultate werden uns noch gemeldet: **Landesparlament:** Kommunisten 8280, Unabhängige 4100, Sozialdemokraten 113712, Demokraten 73639, Zentrum 3674, Wirtschaftspartei 9000, Deutsche Volkspartei 27284, Deutschnationale 51989 Stimmen.

Stadtkreis Posen: Kommunisten 562, Unabhängige 67, Sozialdemokraten 14277, Demokraten 2352, Zentrum 1000, Deutschnationale 8100, Deutschnationale 7129 Stimmen.

Magdeburg-Stadt: Endergebnis im Stadtkreis: Kommunisten 7243, Unabhängige 10954, Sozialdemokraten 70468, Demokraten 15036, Zentrum 3049, Wirtschaftspartei 147, Deutsche Volkspartei 30952, Deutschnationale 17040 Stimmen.

Erfurt: Kommunisten 10893, Unabhängige 8521, Sozialdemokraten 5255, Demokraten 4813, Zentrum 3552, Deutsche Volkspartei 15957, Deutschnationale 14972.

Schleibitz: Unabhängige 1069, Sozialdemokraten 335, Kommunisten 733, Deutsche Volkspartei 480, Demokraten 614, Deutschnationale 147, Zentrum 80. **Wehlitz bei Schleibitz:** Kommunisten 240, Unabhängige 277, Sozialdemokraten 30, Demokraten 42, Deutschnationale 72, Deutsche Volkspartei 74.

Jhorthaus: Dnat. 145, D. Sp. 45, Soz. 58, U. Soz. 82, Komm. 219.

Güntherig: Dnat. 78, D. Sp. 18, Soz. 15, U. Soz. 172, Kom. 68.

Schloditz: Dnat. 86, Dem. 13, Soz. 4, U. Soz. 76, Komm. 83.

Potsdam (Teichstr.): Dnat. 6430, D. Sp. 8748, Dem. 5533, Ztr. 1182, Soz. 10754, U. Soz. 5571, Komm. 3297, Wirtschaftsp. 1563.

Frankfurt a. d. Oder: Dnat. 5030, D. Sp. 8009, Dem. 4170, Ztr. 1665, Soz. 13653, U. Soz. 2063, Komm. 68, Mittelst. P. 1567.

Halle-Stadt: Dnat. 18800, D. Sp. 19500, Dem. 12350, Zentr. 1800, Soz. 10400, U. Soz. 7343, Komm. 30800.

In den Städten **Dessau, Eilenburg, Bitterfeld, Naumburg, Weißenfels, Zeitz und Merseburg**, sowie in 294 Landorten wurden gewählt: D. Sp. 23743, D. Sp. 23983, Dem. 15584, Ztr. 1110, Soz. 14930, U. Soz. 19510, Komm. 30494 Stimmen.

10. Wahlkreis (Magdeburg). 130 Bezirke fehlen noch. Deutschnationale Volkspartei 103706 (2 Abgeordnete), Deutsche Volkspartei 91368 (2 Abgeordnete), Zentrum 9333, Demokraten 84084 (1 Abgeordnete), Mehrheitssozialisten 287241 (5 Abgeordnete), Unabhängige 43499 (ein Abgeordnete), Kommunisten 24192, Wirtschaftspartei 2370 Stimmen.

Hilgersleben: Dnat. 925, D. Sp. 2233, Dem. 1159, Ztr. 186, Soz. 3000, U. Soz. 3777, Komm. 860.

Schönebeck a. E.: Dnat. 925, D. Sp. 1752, Dem. 471, Ztr. 125, Soz. 3818, U. Soz. 1327, Komm. 143, Wirtschaftsp. 135.

Thale a. S.: Dnat. 571, D. Sp. 704, Dem. 505, Ztr. 307, Soz. 1841, U. Soz. 1792, Komm. 233.

Langenmünde: Dnat. 252, D. Sp. 592, Dem. 1000, Ztr. 332, Soz. 2333, U. Soz. 1073, Komm. 380.

Hannover-Linden (Ergebnis aus 90 Wahlbezirken von 188): Dnat. 15293, D. Sp. 42142, Dem. 9795, Ztr. 38742, Soz. 92748, U. Soz. 3563, Komm. 11700, Hannoveraner 38748. Ungültig 820 Stimmen.

Hildesheim: Dnat. 1543, D. Sp. 6880, Dem. 1701, Ztr. 6972, Soz. 11772, U. Soz. 224, Komm. 489.

Donauwörth-Stadt: Dem. 3648, D. Sp. 9367, Dnat. 1964, Ztr. u. Welfen 10788, Soz. 12071, U. Soz. 369, Komm. 650.

Wiesbaden-Stadt: Dnat. 1100, D. Sp. 3948, Dem. 1221, Soz. 6143, U. Soz. 282, Komm. 814, Welfen 1886.

Elsfeld: Dnat. 19628, D. Sp. 16689, Dem. 4374, Ztr. 11480, Soz. 19194, U. Soz. 8288, Komm. 4622.

Bochum-Stadt: Dnat. 3022, D. Sp. 8315, Dem. 1720, Ztr. 15398, Soz. 11942, U. Soz. 1125, Komm. 4007.

Essen: Dnat. 13844, D. Sp. 21185, Dem. 3090, Ztr. 51061, Soz. 21728, U. Soz. 7450, Komm. 21307.

Köln-Stadt: Dnat. 3487, D. Sp. 11964, Ztr. 38562, Dem. 3960, Soz. 26009, U. Soz. 1427, Komm. 8157.

Köln-Beil: Dnat. 8045, D. Sp. 22336, Dem. 7120, Ztr. 81004, Soz. 42646, U. Soz. 2952, Komm. 13304.

Düsseldorf-Stadt: Dnat. 21950, D. Sp. 28604, Dem. 6942, Ztr. 54722, Soz. 17118, U. Soz. 21867, Komm. 12435.

Solingen: Dnat. 2184, D. Sp. 5138, Dem. 2255, Ztr. 2793, Soz. 3578, U. Soz. 1102, Komm. 7580.

Remscheid: Dnat. 3041, D. Sp. 11704, Dem. 4608, Ztr. 2848, Soz. 2424, U. Soz. 2351, Komm. 13475.

Bielefeld: Dnat. 4706, D. Sp. 11165, Dem. 4455, Ztr. 2674, Soz. 18289, U. Soz. 1596, Komm. 1077.

Hamm i. W.: Dnat. 1705, D. Sp. 3955, Dem. 1158, Ztr. 9061, Soz. 5031, U. Soz. 449, Komm. 820.

Krefen: Dnat. 894, D. Sp. 2858, Dem. 1089, Ztr. 19093, Soz. 5749, U. Soz. 1121, Komm. 1507.

Koblenz: Dnat. 1367, D. Sp. 4100, Dem. 950, Ztr. 9600, Soz. 4100, U. Soz. 400, Komm. 300, Christl. P. 302.

Frankfurt a. M.-Stadt: 125 Bezirke (die Hälfte): Dnat. 12870, D. Sp. 16785, Dem. 12770, Ztr. 11584, Soz. 38641, U. Soz. 5157, Komm. 1266, Wirtschaftsp. 2235.

Münster: Dnat. 3477, D. Sp. 3225, Dem. 1329, Ztr. 642, Soz. 1066, U. Soz. 549, Komm. 220, Wirtschaftsp. 506.

Bad Homburg: Dnat. 921, D. Sp. 1024, Dem. 965, Ztr. 1734, Soz. 1939, U. Soz. 1801, Komm. 368.

Kreuznach: Dnat. 828, D. Sp. 2380, Dem. 1212, Ztr. 1822, Soz. 751, U. Soz. —, Komm. 1312.

Kulda: Dnat. 896, D. Sp. 710, Dem. 642, Ztr. 6708, Soz. 2357, U. Soz. 618, Komm. 26, Wirtschaftsp. 348.

Görlitz: Die Wahlbeteiligung betrug 80 bis 85 Prozent. In den Ergebnissen fehlt noch 1 Bezirk, es erhielten: Dnat. 5694, D. Sp. 8290, Ztr. 2030, Dem. 4898, Soz. 19786, U. Soz. 1484, Komm. 1083.

In Ostpreußen wurden gestern drei bzw. vier Wahlen vorgenommen. In den Städten wurde zum Reichstage, zum Landtage und zum Provinziallandtage, auf dem Lande außerdem noch zu den Kreisparlamenten gewählt. In Königsberg sind die Wahlen völlig ruhig verlaufen. Soweit sich aus den bis Mitternacht vorliegenden Ergebnissen ersehen läßt, haben die Rechtsparteien einerseits und die Kommunisten andererseits, diese namentlich in den Städten, einen starken Zuwachs zu verzeichnen.

In Ostpreußen wurden gestern drei bzw. vier Wahlen vorgenommen. In den Städten wurde zum Reichstage, zum Landtage und zum Provinziallandtage, auf dem Lande außerdem noch zu den Kreisparlamenten gewählt. In Königsberg sind die Wahlen völlig ruhig verlaufen. Soweit sich aus den bis Mitternacht vorliegenden Ergebnissen ersehen läßt, haben die Rechtsparteien einerseits und die Kommunisten andererseits, diese namentlich in den Städten, einen starken Zuwachs zu verzeichnen.

In Ostpreußen wurden gestern drei bzw. vier Wahlen vorgenommen. In den Städten wurde zum Reichstage, zum Landtage und zum Provinziallandtage, auf dem Lande außerdem noch zu den Kreisparlamenten gewählt. In Königsberg sind die Wahlen völlig ruhig verlaufen. Soweit sich aus den bis Mitternacht vorliegenden Ergebnissen ersehen läßt, haben die Rechtsparteien einerseits und die Kommunisten andererseits, diese namentlich in den Städten, einen starken Zuwachs zu verzeichnen.

In Ostpreußen wurden gestern drei bzw. vier Wahlen vorgenommen. In den Städten wurde zum Reichstage, zum Landtage und zum Provinziallandtage, auf dem Lande außerdem noch zu den Kreisparlamenten gewählt. In Königsberg sind die Wahlen völlig ruhig verlaufen. Soweit sich aus den bis Mitternacht vorliegenden Ergebnissen ersehen läßt, haben die Rechtsparteien einerseits und die Kommunisten andererseits, diese namentlich in den Städten, einen starken Zuwachs zu verzeichnen.

In Ostpreußen wurden gestern drei bzw. vier Wahlen vorgenommen. In den Städten wurde zum Reichstage, zum Landtage und zum Provinziallandtage, auf dem Lande außerdem noch zu den Kreisparlamenten gewählt. In Königsberg sind die Wahlen völlig ruhig verlaufen. Soweit sich aus den bis Mitternacht vorliegenden Ergebnissen ersehen läßt, haben die Rechtsparteien einerseits und die Kommunisten andererseits, diese namentlich in den Städten, einen starken Zuwachs zu verzeichnen.

In Ostpreußen wurden gestern drei bzw. vier Wahlen vorgenommen. In den Städten wurde zum Reichstage, zum Landtage und zum Provinziallandtage, auf dem Lande außerdem noch zu den Kreisparlamenten gewählt. In Königsberg sind die Wahlen völlig ruhig verlaufen. Soweit sich aus den bis Mitternacht vorliegenden Ergebnissen ersehen läßt, haben die Rechtsparteien einerseits und die Kommunisten andererseits, diese namentlich in den Städten, einen starken Zuwachs zu verzeichnen.

In Ostpreußen wurden gestern drei bzw. vier Wahlen vorgenommen. In den Städten wurde zum Reichstage, zum Landtage und zum Provinziallandtage, auf dem Lande außerdem noch zu den Kreisparlamenten gewählt. In Königsberg sind die Wahlen völlig ruhig verlaufen. Soweit sich aus den bis Mitternacht vorliegenden Ergebnissen ersehen läßt, haben die Rechtsparteien einerseits und die Kommunisten andererseits, diese namentlich in den Städten, einen starken Zuwachs zu verzeichnen.

In Ostpreußen wurden gestern drei bzw. vier Wahlen vorgenommen. In den Städten wurde zum Reichstage, zum Landtage und zum Provinziallandtage, auf dem Lande außerdem noch zu den Kreisparlamenten gewählt. In Königsberg sind die Wahlen völlig ruhig verlaufen. Soweit sich aus den bis Mitternacht vorliegenden Ergebnissen ersehen läßt, haben die Rechtsparteien einerseits und die Kommunisten andererseits, diese namentlich in den Städten, einen starken Zuwachs zu verzeichnen.

In Ostpreußen wurden gestern drei bzw. vier Wahlen vorgenommen. In den Städten wurde zum Reichstage, zum Landtage und zum Provinziallandtage, auf dem Lande außerdem noch zu den Kreisparlamenten gewählt. In Königsberg sind die Wahlen völlig ruhig verlaufen. Soweit sich aus den bis Mitternacht vorliegenden Ergebnissen ersehen läßt, haben die Rechtsparteien einerseits und die Kommunisten andererseits, diese namentlich in den Städten, einen starken Zuwachs zu verzeichnen.

In Ostpreußen wurden gestern drei bzw. vier Wahlen vorgenommen. In den Städten wurde zum Reichstage, zum Landtage und zum Provinziallandtage, auf dem Lande außerdem noch zu den Kreisparlamenten gewählt. In Königsberg sind die Wahlen völlig ruhig verlaufen. Soweit sich aus den bis Mitternacht vorliegenden Ergebnissen ersehen läßt, haben die Rechtsparteien einerseits und die Kommunisten andererseits, diese namentlich in den Städten, einen starken Zuwachs zu verzeichnen.

In Ostpreußen wurden gestern drei bzw. vier Wahlen vorgenommen. In den Städten wurde zum Reichstage, zum Landtage und zum Provinziallandtage, auf dem Lande außerdem noch zu den Kreisparlamenten gewählt. In Königsberg sind die Wahlen völlig ruhig verlaufen. Soweit sich aus den bis Mitternacht vorliegenden Ergebnissen ersehen läßt, haben die Rechtsparteien einerseits und die Kommunisten andererseits, diese namentlich in den Städten, einen starken Zuwachs zu verzeichnen.

In Ostpreußen wurden gestern drei bzw. vier Wahlen vorgenommen. In den Städten wurde zum Reichstage, zum Landtage und zum Provinziallandtage, auf dem Lande außerdem noch zu den Kreisparlamenten gewählt. In Königsberg sind die Wahlen völlig ruhig verlaufen. Soweit sich aus den bis Mitternacht vorliegenden Ergebnissen ersehen läßt, haben die Rechtsparteien einerseits und die Kommunisten andererseits, diese namentlich in den Städten, einen starken Zuwachs zu verzeichnen.

In Ostpreußen wurden gestern drei bzw. vier Wahlen vorgenommen. In den Städten wurde zum Reichstage, zum Landtage und zum Provinziallandtage, auf dem Lande außerdem noch zu den Kreisparlamenten gewählt. In Königsberg sind die Wahlen völlig ruhig verlaufen. Soweit sich aus den bis Mitternacht vorliegenden Ergebnissen ersehen läßt, haben die Rechtsparteien einerseits und die Kommunisten andererseits, diese namentlich in den Städten, einen starken Zuwachs zu verzeichnen.

punkt aufzulösen. Robert Claude Lowther unterstüßte den Abänderungsantrag und warf der Regierung zweideutige Politik vor. Das Parlamentsmitglied Wise erklärte, Deutschland müsse für den Schaden, den es in Europa angerichtet habe, zahlen. Dies müsse jedoch in der geeigneten und besten Weise geschehen.

Lloyd George erklärte, es bestehe ein großer Unterschied darin, ob Deutschland für die gesamten Kosten des Krieges bezahlen solle oder bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit. Er sei bereit, zu seinen Versprechungen zu stehen. Als er während der letzten Wahl in Bristol über dieses Thema gesprochen habe, habe er gesagt, Deutschland müsse bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit bezahlen. Er stehe noch heute zu diesem Versprechen. Die Frage sei nur, welches die Grenze der Leistungsfähigkeit Deutschlands sei. Der Premierminister fuhr fort: Wir haben die Gutachten der britischen Sachverständigen eingeholt, die Frankreich, Italien, Belgien und uns zur Verfügung gaben, und auf den Rat dieser äußerst fähigen Männer haben wir unsere Forderung vorgebracht. Wir führen die Bedingungen des Friedensvertrags bis zur äußersten Grenze der Macht irgendeines Landes aus. Lloyd George fuhr fort: Bottomley habe nicht den entferntesten Begriff davon, was bereits geschehen sei, um das Abgemachte durchzuführen. Tatsächlich sei bereits eine große Menge Kohle, Schiffe und Kohlen abgeliefert worden. Die Deutschen hätten das abgelieferte Material belauscht und mehr als 20 Millionen Mark. Die Alliierten erklärten allerdings, es sei 20 Millionen Mark weniger. Deutschland habe an England Werte von Hunderten von Millionen Pfund Sterling ausgeliefert.

Er handelte nicht auf eigenen Rat, sondern auf den Rat der Sachverständigen, die die Lage jeden Tag prüften, und der Schlüssen, die sie gezogen haben. Er sei mit Bezug auf die Zahlungsfähigkeit Deutschlands bei der Pariser Konferenz angekommen. Lloyd George erklärte, wenn man auf Unmögliches dringe, bekomme man gar nichts. Dieser Krieg habe mehr gekostet, als irgendein Land bezahlen könne. Der Krieg habe 30 Milliarden Pfund gekostet. Ich will mein Bestes tun, um seinen Pfennig herauszuholen, den es aus Deutschland den Alliierten nicht durchzuführen unterbreiten, zahlen in der Lage ist, die Sachverständigen höchst und durchführbar sein und im Lande falsche Verfahren gegen den früheren deutschen Kaiser erklärte Lloyd George, darauf zu bestehen, daß Hollands sehr er seinen Worten werde. Trotz der Schwierigkeiten, die Deutschland habe, andre als die Verfahren gegen die Alliierten zu bringen, versichere er, daß er auf der Höhe sei. Personen bestreite und darauf bringen werde.

Es werde gesagt, daß Deutschland nicht dem zu, daß Deutschland Verpflichtungen nachzukommen. Er stimme nicht durchgehends mit einem wesentlichen Teil des Vertrags ab, nicht bis zur Höhe, wie es hätte tun können. Deutschland habe die Alliierten Grenze seiner Fähigkeit oder in dem Maße besteuert.

Lloyd George schloß: Ich vergesse, was bereits vollendet wurde: das deutsche Heer und die deutsche Flotte sind vermindert, eine riesige Menge von Kriegsmaterial ist ausgeliefert worden, die deutschen Kolonien sind verloren, Deutschlands behaarte, das Mitglied des Parlaments, die erste, kein kleineres Land könne größere Entschädigungen leisten, und die vorkriegsigen Verantwortlichkeiten auf den Tag setzen. Dinaiger Mensch die ganz undurchführbar sind, und die kein vernünftiger Mensch empfehlen kann. Eine vorsichtige Rückwärtsbewegung der Alliierten Verpflichtungen durch Deutschland würde eine Aktion der Jahre zu ihrer Erhaltung herbeiführen. Bevor jedoch irgend eine Verantwortung überantwortet überläßt, nämlich die Verantwortung, an ihr betreffendes Land zu appellieren, und um energischen Maßnahmen zu ergreifen, die notwendig sind, diese Verpflichtungen zu erzwingen, müssen die Reichsbürgern, Parlamente und Völker davon überzeugt sein, daß die Nichtaufklärung seiner Verpflichtungen von seinen Deutschlands in kann etwas zurückzuführen ist, was es vernunftgemäß erfährt, sondern auf einen vorsichtigen Versuch von seinen Deutschland Europa noch einmal herauszufordern.

Das Mittel der Arbeiterpartei T. Shaw nannten den Versuch der Alliierten, aus Deutschland die letzten abgefragte, Forderungen herauszubekommen, einen riesigen Haufen von Arbeitern unterließ den Abänderungsantrag vor mit ihm, da sie der Ansicht sei, die gesamte Politik der Regierung unter Bezug auf den Friedensvertrag müsse der Wählerkraft unterbreitet werden.

Der Abänderungsantrag Bottomley wurde mit 181 gegen 40 Stimmen abgelehnt.

Brian appelliert an die englische Solidarität.

Berlin, 21. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Der Ministerpräsident Brian d wendet sich im Oberhaus mit einem Vorschlag an das englische Volk, in dem es u. a. heißt: Ich lasse heute erklären, daß, ohne die Schwierigkeiten zu verkennen, von mir zu überwinden haben, ich den bevorstehenden Verhandlungen mit dem größten Vertrauen entgegenstehe. Die Pariser Arbeit, deren hat uns bereits in den wichtigsten Fragen näher gebracht, Ihre Arbeiten wurden durch die innige Freundschaft erleichtert, die zwischen mir und Lloyd George schon seit mehreren Jahren besteht. Heute wie in den schwierigsten Jahren des Krieges bin ich ein Anhänger der internationalen Solidarität, die sowohl auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiet. Die Einigkeit zwischen Frankreich und England ist der Schlüssel zu dem Ganzen, was die Welt Solidarität. Ich habe seit vier Jahren ernsthaft gearbeitet, um die Solidarität zu erneuern und sie heute noch an sie zu erneuern.

Paris, 19. Februar. Die beiden Kammern ausschließend für Finanz- und für Auswärtige Angelegenheiten hielten nach einer Hausammlung heute eine gemeinsame Sitzung ab, um vorüber die Anregungen zu einigen, die dem Ministerpräsidenten von seiner Abreise nach London vorgebracht werden sollen. Die Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis. Mehrere Redner wußten der Ansicht, daß nach der letzten Kammerdebatte die beiden Ausschüsse sich durch die damals angenehmen Tagesordnung für gebunden erachten müßten. Andre waren der Ansicht, daß es die Verbesserung der Abmachungen von Paris wichtig wäre, einwieder bestimmte Vorschläge aufzustellen oder Klärungen anzubringen.

Uneinigkeit in der französischen Kammer über die Richtlinien für London.

geben, die der Ministerpräsident bei den neuen Verhandlungen beobachten sollte. Als es zu keiner Einigung kam, ließen beide Ausschüsse den Ministerpräsidenten einladen, morgen eine Besprechung abzuhalten. Brian erwiderte aber, er bedauere, durch seine Amtspflichten verhindert zu sein. Er sehe übrigens nicht, welche neuen Angaben er nach der viertägigen Debatte in der Kammer noch machen könne.

Die deutschen Sachverständigen beraten noch.

Berlin, 21. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Heber die Abreise der deutschen Sachverständigendelegation erklärt das 8-Uhr-Abendblatt: Die Beratungen der Sachverständigen, in welchen die deutschen Gegenwärtigen für die Londoner Konferenz vorbereitet werden, dürften ebenfalls bis Donnerstag oder Freitag dauern. Die Abreise der deutschen Delegation erfolgt nach den bisherigen Dispositionen am Sonntag, dem 26. Februar mittags. Im Mittelpunkt der Beratungen steht nach wie vor der Plan eines gemeinschaftlichen Zusammenarbeitens der deutschen und französischen Wirtschaft auf Grund von Vorschlägen Walter Rathenaus.

Der Kampf um die Reparationen.

Lloyd Georges Mäßigung.

Zwangsmassnahmen erst bei vorläufiger Nichterfüllung der Verpflichtungen.

London, 18. Februar. Im Unterhause fand heute nachmittags die Debatte über die Reparationsfrage statt. Bottomley brachte einen Abänderungsantrag ein, worin dem Bedauern Ausdruck gegeben wird, daß in Betracht der längeren Zeitspanne seit Unterzeichnung des Waffenstillstands sowie in Anbetracht der Tatsache, daß das Land keine Gelegenheit gehabt habe, seine Ansicht über die Friedensverträge auszudrücken und in Anbetracht der Politik der Minister mit Bezug auf die Entschädigungen und das Verfahren gegen die „Kriegsverbrecher“ der Königin in der Thronrede nicht seine Ansicht zum Ausdruck gebracht habe, das jetzige Parlament zu einem baldigen Zeitpunkt

London, 18. Februar. Im Unterhause fand heute nachmittags die Debatte über die Reparationsfrage statt. Bottomley brachte einen Abänderungsantrag ein, worin dem Bedauern Ausdruck gegeben wird, daß in Betracht der längeren Zeitspanne seit Unterzeichnung des Waffenstillstands sowie in Anbetracht der Tatsache, daß das Land keine Gelegenheit gehabt habe, seine Ansicht über die Friedensverträge auszudrücken und in Anbetracht der Politik der Minister mit Bezug auf die Entschädigungen und das Verfahren gegen die „Kriegsverbrecher“ der Königin in der Thronrede nicht seine Ansicht zum Ausdruck gebracht habe, das jetzige Parlament zu einem baldigen Zeitpunkt

London, 18. Februar. Im Unterhause fand heute nachmittags die Debatte über die Reparationsfrage statt. Bottomley brachte einen Abänderungsantrag ein, worin dem Bedauern Ausdruck gegeben wird, daß in Betracht der längeren Zeitspanne seit Unterzeichnung des Waffenstillstands sowie in Anbetracht der Tatsache, daß das Land keine Gelegenheit gehabt habe, seine Ansicht über die Friedensverträge auszudrücken und in Anbetracht der Politik der Minister mit Bezug auf die Entschädigungen und das Verfahren gegen die „Kriegsverbrecher“ der Königin in der Thronrede nicht seine Ansicht zum Ausdruck gebracht habe, das jetzige Parlament zu einem baldigen Zeitpunkt

London, 18. Februar. Im Unterhause fand heute nachmittags die Debatte über die Reparationsfrage statt. Bottomley brachte einen Abänderungsantrag ein, worin dem Bedauern Ausdruck gegeben wird, daß in Betracht der längeren Zeitspanne seit Unterzeichnung des Waffenstillstands sowie in Anbetracht der Tatsache, daß das Land keine Gelegenheit gehabt habe, seine Ansicht über die Friedensverträge auszudrücken und in Anbetracht der Politik der Minister mit Bezug auf die Entschädigungen und das Verfahren gegen die „Kriegsverbrecher“ der Königin in der Thronrede nicht seine Ansicht zum Ausdruck gebracht habe, das jetzige Parlament zu einem baldigen Zeitpunkt

Wie die Reichsregierung die Arbeitslosigkeit „bekämpft“.

Der Unterausschuss des Reichswirtschaftsrats für produktive Erwerbslosenfürsorge hat sich am Donnerstag mit einer Eingabe der Chemischen Gewerkschaften wegen Anstellung der Erwerbslosen in einer Arbeitsföhrung beschäftigt. Das in der Eingabe entwickelte Programm geht von dem Gedanken aus, daß nicht Unterföhrung, sondern nur Arbeit den Erwerbslosen Hilfe bringen kann. Von Regierungsvertretern wurde erklärt, daß die Reichseisenbahnverwaltung, die Post und andere Behörden zur Zeit Reichsaufträge in Höhe von etwa 16 Milliarden in Aussicht genommen haben. Für diese Arbeiten müßte eine Arbeitsföhrung eintreten, um möglichst viele Arbeiter zu beschäftigen. Die Frage der Beschäftigung dieser Reichsaufträge ist so dringlich, daß der Ausschuss bevor er die nächsten Aufgaben der produktiven Erwerbslosenfürsorge noch erörtert, folgenden Dringlichkeitsantrag annahm:

„Der Reichswirtschaftsrat hat mit Befriedigung von dem Plan der Reichsregierung Kenntnis genommen, für öffentliche Arbeiten im Verkehrswesen und für Wohnungs- und Siedlungsarbeiten größere Mittel zur Verfügung zu stellen. Der Reichswirtschaftsrat richtet an die Reichsregierung das dringende Ersuchen, die Ausgabe dieser Aufträge und die Bereitstellung der vorgesehene Mittel derart zu beschleunigen, daß der großen Arbeitslosigkeit schon in Kürze gesteuert werden kann. Der Reichswirtschaftsrat hält es indessen für notwendig, daß Reichsaufträge als Notstandsarbeiten zu behandeln seien, deren Erfüllung an gewisse Bedingungen im Interesse der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geknüpft wird. Als solche Bedingungen erachtet der Reichswirtschaftsrat die folgenden für angemessen:

1. Die Bevögrung solcher Bezirke, in denen die Arbeitslosigkeit dauernd einen außerordentlich hohen Stand erreicht hat.
2. Die Verteilung der Arbeitslosengeld in einer Weise, daß möglichst viele Arbeitslose eingestellt und beschäftigt werden können, sowie daß die bisher Beschäftigten die gleichen Arbeitsbedingungen erfahren wie die einzustellenden Arbeitnehmer unter der Voraussetzung, daß der Ausfall an Lohnarbeitern zu gleichen Teilen vom Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Reich getragen wird.
3. Die Kontrolle der Beachtung dieser Vorschriften durch paritätische Aufsichtsräte.

Der Reichswirtschaftsrat erachtet es als dringlichste Aufgabe der Reichsregierung, jede Maßnahme auf dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge daraufhin einzurichten, daß möglichst viele Arbeitslose unmittelbar dem trostlosen Elend und der Verzweiflung, in welche sie durch ihre Beschäftigungslosigkeit geraten sind, entzogen werden.“

In der Aussprache führten Vertreter der Regierung aus, daß eine Erhöhung der Unterstützungssätze angesichts der Finanzlage des Reiches unmöglich sei. Es bleibe deshalb nur der Weg der Arbeitsbeschaffung, der auch aus sittlichen Gründen vorzuziehen sei. Zugeworfen wurde, daß die bisher getroffenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht annähernd ausreichten. In vielen Bezirken, besonders im Reichsausschuß Sachsen, in Hamburg und Berlin sei fortwährend eine Armee von Arbeitslosen, die verhungern und verhungern müßten, falls nicht durchgreifende Hilfe eintrete.

Die Regierungsvertreter mußten also bestätigen, daß das Elend der Arbeitslosen grenzenlos ist, daß die Arbeitslosen dadurch zur Verzweiflung getrieben werden. Angesichts dieser Tatsache ist es geradezu himmelschreiend, wenn zur gleichen Zeit Reichsbehörden Vorbereitungen treffen, um viele Tausende von Arbeitern und Angestellten auf die Straße zu werfen und das Heer der Arbeitslosen zu vermehren. Über eine weitere Stellung des Reichswirtschaftsrats wird berichtet:

„Das Heer der Reichspolizisten ist von 280.000 Köpfen im Jahre 1913 auf 430.000 Köpfe gestiegen. Es soll versucht werden, diesen Ueberschuß an Kräften allmählich abzubauen; jedoch ist festgestellt worden, daß wegen der veränderten Verhältnisse nur 20.000 bis 25.000 Angestellte als überflüssig anzusehen sind.“

„Für 20.000 bis 25.000 Postangestellte sollen also vorläufig erwerbslos gemacht werden. Weit größer ist die Zahl der Hilfsbeamten und Arbeiter, die aus den Betrieben der Reichseisenbahn entlassen werden sollen. In einer Sitzung des Verkehrsbeirats im Reichsverkehrsministerium wurde berichtet, daß mit Rücksicht auf die Verkehrssicherheit die Zahl der Beamten nur unwesentlich eingeschränkt werden könne. Dagegen werde sich wahrscheinlich eine Einschränkung von rund 70 bis 80 Prozent Hilfsbeamten, die früher als Anwärter zu den Arbeitern zählten, vornehmen lassen. Nicht weniger als Dreiviertel der Hilfsbeamten im Eisenbahnbetrieb sollen also auf die Straße geschickt werden. Herr Gröner, der Verkehrsminister, hat früher bereits angedeutet, daß 100.000 Beamte und Arbeiter überflüssig seien. Er hat auch bereits Maßnahmen getroffen, um die Einschränkungen in die Wege zu leiten. Aus einer Verfügung der Eisenbahn-Generaldirektion Dresden geht hervor, daß zunächst auf Anordnung des Reichsverkehrsministers fünf ausgedehnte Arbeiter keine Ersatzkräfte eingestellt werden sollen. Durch intensivere Arbeitsleistung der übrigen Arbeiter — zunächst innerhalb der vorgeschriebenen Dienstzeit — sollen die Ausgeschiedenen ersetzt werden. Sehr bald wird man dann aber sicher versuchen, auch die Arbeitszeit zu verlängern. Planmäßig wird also in den genannten Reichsbetrieben darauf hingearbeitet, die Zahl der Arbeitslosen zu erhöhen. Andererseits zerbricht man sich den Kopf, wie man die Arbeitslosigkeit bekämpfen soll. Eine unfruchtbar Wirtschaft, die den Arbeitslosen gegenübersteht. Die Vorgänge liefern einen neuen Beweis dafür, daß nach den Grundzügen des kapitalistischen Wirtschaftssystems, nach denen auch die Reichsbetriebe bewirtschaftet werden, ein Wiederaufbau der Wirtschaft unmöglich ist. Für die Arbeiterföhrung ergibt sich daraus die Lehre, daß sie den Bestrebungen der Reichsbehörden, die Arbeitslosigkeit noch zu steigern, den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen hat; daß sie aber auch alle Kräfte sammeln und aufbieten muß, das ganze kapitalistische System möglichst bald zu beseitigen.“

Graf Tiele-Windler und Oberschlesien.

W.T.W. verbreitet, daß im vollen Einvernehmen zwischen dem Regierungsrat Dr. Schapper und allen für die Volksabstimmung in deutschem Sinne arbeitenden Stellen nach eingehender Prüfung festgestellt worden sei, daß die aus dem polnischen Gornosloga entnommene Nachricht, in einer Besprechung in Ober-Sloga habe der Generalbevollmächtigte des Grafen Tiele-Windler, Regierungsrat A. D. Schapper, geäußert, das oberschlesische Industriegebiet sei für Deutschland verloren, und aus wirtschaftlichen Gründen müßten die Bewohner des linken Oderufers für Polen stimmen, und die Teilnehmer der Besprechung hätten dann auch in diesem Sinne beschlossen, und richtig sei. Der wirkliche Vorgang sei folgender: In einer Besprechung im geschlossenen Kreise in Ober-Sloga, in der politische Erörterungen ausgeschlossen sein sollten, wurde die Frage erörtert, welche wirtschaftlichen Folgen es für das linke Oderufer haben würde, wenn durch eine Entschreibung der Industrie das Industriegebiet von Deutschland getrennt werden sollte. In der Diskussion hat Regierungsrat Dr. Schapper darauf hingewiesen, daß eine solche Entschreibung der Industrie für die Bewohner des linken Oderufers schwere wirtschaftliche Nachteile haben würde, weil Oberschlesien bekanntermaßen eine wirtschaftliche Einheit sei. Er hat aber in derselben Besprechung auch erklärt, daß aus seinen Ausführungen vom deutschen Standpunkt aus eben diesem Grunde nur der Schluß zu ziehen sei, daß alles geschehen müsse, um das Industriegebiet bei Deutschland zu erhalten. Daraus ergibt sich, daß gegen seine Äußerungen vom deutschen Standpunkt aus nichts einzuwenden ist. Webrigens ist in der Besprechung keinerlei Beschluß gefaßt worden.

Außerdem wird es als falsch bezeichnet, daß Graf Tiele-Windler seinen Bediensteten Urreeen polnischen Schnitts habe machen lassen.

Zwei Konfusionsräte.

Auch der Vorwärts kann einmal recht haben. Und recht hat er mit der folgenden launigen Anmerkung:

Die Rote Fahne bringt unter der Ueberschrift Der Konfusionsrat das Bild eines A. U. B. D. Redners am Pult, der folgendes sagte: „Arbeiter! Einerseits bin ich der Ansicht, daß wir jede Gelegenheit zur Propaganda unserer Ideen benützen müssen. Andererseits glaube ich, daß die Wahlbeteiligung Quatsch ist.“

Wir können der Rote Fahne gleich ein Pendant hierzu liefern. Wir schlagen als solches vor einen Kandidaten der A. U. B. D. am Rednerpult mit folgender Ansprache: „Einerseits bin ich überzeugt, daß der Parlamentarismus Quatsch ist, andererseits bitte ich euch, mich ins Parlament zu wählen.“

Nummer 2 wird noch konfusier wirken als Nummer 1! Sehr richtig — wenn diese Konfusion für das Proletariat nur nicht so bitter ernste Folgen hätte.

Die Völkerbundszwischenkunft in Wilna — eine feindliche Handlung gegen Rußland.

Wiga, 16. Februar. (Moska.) Der Gesandte Litauens in Moskau hat von Tschitschew eine Note erhalten, in der es u. a. heißt: Daß die souveräne Macht der russischen Republik über die Stadt und den Distrikt Wilna aufgehört hat, bedeutet keineswegs, daß die russische Regierung gezwungen sei, den Zuständen in Wilna nunmehr gleichgültig zuzusehen, falls diese die eigene Sicherheit bedrohen. Die souveräne Macht über die Stadt und den Distrikt Wilna gehört jetzt Litauen; diesem Staate wurde das Gebiet Kraft des russisch-litauischen Vertrages überlassen. Außerdem ist der russischen Regierung bekannt geworden, daß die Gruppe von Staaten, die sich „der Völkerbund“ nennt, neuerdings einen Plan entwirft, um internationale Truppen nach Wilna zu schicken. Mangeln jensidigen Vertrages und jeglicher Verbindung zwischen dem sogenannten „Völkerbund“ und der russischen Republik und mit Rücksicht auf den Umstand, daß die Staaten, die dem „Völkerbund“ angehören, noch nicht ihre Feindseligkeiten gegen Sowjetrußland eingestellt haben, müssen solche Truppen als feindliche Truppen gegen die Sowjetmacht angesehen werden. Wir sprechen in dieser Hinsicht die feste Hoffnung aus, daß die litauische Regierung ein solches Aufziehen von Truppenkörpern in Wilna nicht zulassen wird, da deren Anwesenheit die russische Regierung als eine feindliche Handlung gegen Sowjetrußland ansehen müßte, die die Sicherheit der Sowjetregierung bedroht. Die russische Regierung ist überzeugt, daß die litauische Regierung alle nötigen Maßnahmen ergreifen wird, um den vertragswidrigen Zuständen in der Stadt und dem Distrikt Wilna ein Ende zu machen, und daß sie es den genannten Truppenkörpern nicht gestattet wird, dort Aufstellung zu nehmen.

Dazu ist nur zu bemerken, daß die litauische Regierung die verlangten Maßnahmen gar nicht ergreifen kann, weil bekanntlich der polnische General Jeligowski, der nach einer Nachricht der Litauischen Telegraphen-Agentur demnächst durch den General Szegjenczi ersetzt werden soll, Wilna in Besitz hat. Die einzige Maßnahme, die die litauische Regierung auf die russische Note treffen konnte, ist ein Telegramm an die Wehrskommissare des Völkerbundes, in dem sie ausführt, daß das litauische Gebiet nach dem Moskauer Friedensvertrage vom 12. Juli 1920 rechtlich zu Litauen gehört, woran auch der zwischen Sowjetrußland und Polen in Wiga abgeschlossene Vorliebungsvertrag nichts geändert habe. Zur Herbeiföhrung einer endgültigen friedlichen Lösung der Streitigkeiten mit Polen ist Litauen bereit, sich der Entscheidung des Völkerbundes zu fügen, sofern Verwicklungen mit Sowjetrußland dabei vermieden werden. Die litauische Regierung hebt hervor, daß die Stadt Wilna als nationales, religiöses, politisches und wirtschaftliches Zentrum Litauens ohne Zustimmung bei Litauen verbleiben soll, und macht Vorschläge bezüglich des bei der Abstimmung zu beobachtenden Verfahrens. Die polnische Militärbehörde soll durch eine litauische Verwaltung ersetzt werden. Die Abstimmung soll frühestens acht Monate nach dem Abzug der polnischen Truppen stattfinden.

Eine neue polnische Offensive in Litauen.

Kopenhagen, 19. Februar. Die hiesige litauische Gesandtschaft verbreitet folgendes Telegramm aus Kowno: Nach Nachrichten von der Front deutet alles darauf hin, daß die Polen eine neue große Offensive gegen Litauen vorbereiten. Sie ziehen ihre Truppen in zwei Richtungen zusammen, nämlich gegen Ponewele-Schanen und gegen Wilkomir-Kowno. Täglich kommen in Wilna Züge, bestehend aus 30 bis 35 Waggons, aus Polen mit neuen Truppen, Munition, Waffen und Sanitätsmaterial an. Der sich immer mehr geltend machenden Unzufriedenheit im Heere Jeligowskis sucht man durch Profamtionen an die Soldaten zu begegnen in denen man ihnen verspricht, daß bald ganz Litauen besetzt sein wird, und daß dann dem Hunger und dem Kriege ein Ende gemacht wird. Die amtliche polnische Presse in Wilna erklärt, daß der Völkerbund die sogenannte Besetzung Wilnas nicht habe hindern können, er auch nichts dagegen unternehmen kann, daß Litauen mit Polen vereinigt wird.

Keine kommunistische Mehrheit in der Konstituante des Fernen Ostens.

O. E. Kopenhagen, 17. Februar. Die ersten amtlichen Moskauer Meldungen, aus denen hervorzugehen schien, daß die Kommunisten die absolute Majorität in der Konstituante der Republik des Fernen Ostens haben würden, sind durch die vollständigen Wahlergebnisse nicht bestätigt worden. Nunmehr meldet ein Moskauer Rundschreiben: In die Konstituante der Republik des Fernen Ostens wurden endgültig 424 Deputierte gewählt. An den Wahlen beteiligte sich die ganze Bevölkerung von Selenga bis zum Stillen Ozean. Die Deputierten sind überwiegend Bauern. Der Partei nach sind 147 Kommunisten, 20 Sozialrevolutionäre, 40 Menschenwiken und 20 Mitglieder der nationalen Gruppe der Burjaten. Ueber die Stärke der Bauernfraktionen und der bürgerlichen Gruppen macht der Rundschreiben keine Angaben. Unter den Deputierten befindet sich eine Frau. Der Tag der Eröffnung der Konstituante, der 12. Februar, ist zu einem allgemeinen republikanischen Feiertag erklärt worden.

Wie Amerika abrüstet.

Washington, 17. Februar. Der Marineminister, der das Flottenbauprogramm umschreibt, ist vom Repräsentantenhaus angenommen worden unter der einschränkenden Bestimmung, daß kein Geld ausgegeben werden soll für die Fertigstellung von Schiffen, deren Bau noch nicht begonnen wurde oder für die die Bauverträge noch nicht unterzeichnet sind. Das besteht sich auf sechs Schlachtschiffe. Wenn das Flottenbauprogramm vollständig durchgeführt ist, wird die Flotte der Vereinigten Staaten mit der englischen gleich stark sein.

Ein Sieg Lloyd Georges.

London, 10. Februar. Die Erwahlung von Cardigan, der mit großer Spannung entgegengesehen wurde, endete mit dem Siege der Koalition. Der Koalitions-Kandidat Evans, früherer Privatsekretär Lloyd Georges, erhielt 14.111, der unabhängige Liberale

Newell William 10.521 Stimmen. Evans erklärte, er verdanke seinen Sieg der Beliebtheit Lloyd Georges und der Ueberzeugung der Wähler, daß die Regierung, die das Land durch den Krieg geführt habe, Gelegenheit erhalten müsse, ihr Werk zu vollenden. — Auf einer Versammlung des Liberalen Vereins von St. Pancras erklärte Asquith, die neue Tagung des Parlaments werde wahrscheinlich die letzte des augenblicklichen Parlaments sein.

Deutschland.

Die Ausnahme-Zustiz gegen die Arbeiter.

Dessau, 18. Februar. In dem Staßfurter Kommunisten-Prozess fällt heute abend das Ausnahmegericht das Urteil. Es nahm die Bildung einer verbotenen militärischen Organisation für erwiesen an und verurteilte Kaeppler zu 10, Kunisch zu 6, Adams zu 5 und Klasse zu 3 Monaten Gefängnis. Ein Angeklagter wurde freigesprochen.

Rechtssozialisten in einer Regierung mit der Sinnesspartei.

Aus Lippe-Deimold wird berichtet: Das neue Landesparlament wird gebildet von Deutscher Volkspartei (Kabinett Richard Müller-Derlinghausen), Demokraten (Professor Dr. Neumann-Hofer) und Rechtssozialisten (Drake). Damit ist zum erstenmal in Deutschland eine Koalition zwischen Volkspartei und Rechtssozialisten zustande gekommen. Die Sozialdemokraten verlassen eine längere Erklärung, in der es heißt, daß sie nur allem auch in Anbetracht der schweren Zeit bereit wären, an der Neubildung der Regierung teilzunehmen und die Verantwortung für eine praktische Arbeit am Volkswohl mitzutragen.

Kurt Geyer auf der „hohen Schule“ in Moskau.

Wie kommunistische Blätter berichten, hat die Zentrale der kommunistischen Partei Kurt Geyer in das Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale nach Moskau delegiert, wo er zwei bis drei Monate bleiben soll. Wie wir den „Volksticker“ Kurt Geyer kennen, müssen wir gestehen, daß die deutschen kommunistischen Konfusionsisten einen würdigeren Repräsentanten und die Neumann-Hofer und Rechtssozialisten (Drake), konnten. Wenn Kurt aus Moskau zurückkehrt, darf man allerdings Interessantes erwarten.

Das Verfahren gegen Hauptmann v. Kessel soll weiter gehen. Der Entscheidung der Strafkammer, wonach das Meinelbverfahren gegen den Hauptmann v. Kessel unter das Amnestiegesetz falle und darum niederzuschlagen sei, ist, wie der Vorwärts erzählt, das Kammergericht nicht beigetreten. Wann und in welcher Art das Verfahren weiter gehen wird, muß zunächst abgewartet werden.

Kommunistenprozess im besetzten Gebiet. Das amerikanische Militärpolizeigericht in Koblenz verurteilte vier Mitglieder der kommunistischen Partei aus Sömmingen und Ling wegen Abhaltung einer politischen Versammlung ohne Erlaubnis der Besatzungsbehörde zu Strafen von drei bis fünf Monaten Gefängnis.

Befehung eines oberhessischen Dorfes durch die Franzosen. Wie die Oberhessische Zeitung aus Hindenburg meldet, ist die Gemeinde Bieschowitz (Kreis Adre) seit Dienstagmittag von französischen Truppen besetzt. Fünfzig Mann unter Führung eines Oberleutnants sind eingedrückt, um bei eventuellen Zwischenfällen sofort eingreifen zu können.

Kleine Auslandsnachrichten.

Geschlechter englisch-irische Waffenstillstandsverhandlungen.

Die Sinnseinerführer in Dublin haben einen Bericht über die Verhandlungen des im Januar abgehaltenen irischen Parlaments veröffentlicht. Bei diesen Verhandlungen erklärte de Valera, es hätten mit der britischen Regierung Besprechungen zur Herbeiföhrung eines einmonatigen Waffenstillstandes stattgefunden, die jedoch wegen der Frage der Auslieferung der Waffen durch die Sinnseiner, auf der Lloyd George bestanden habe, gescheitert seien.

Beschlagnahme Goldsendung. Die Polizei in Neapel hat an Bord des Dampfers Ausonia 1 1/2 Millionen Rubel in Gold beschlagnahmt, die nach Aussagen des Besitzers angeblich dazu dienen sollten, Waren in Neapel einzukaufen. Da diese Erklärung ungläublich erschien, wurde eine Untersuchung eingeleitet und das Gold beschlagnahmt.

Die Aufrüstung geht weiter. Nach erregter Debatte wurde im nordamerikanischen Repräsentantenhaus der Antrag Brooks, daß von den für den Flottenbau im Jahre 1921 bemittelten 90.000.000 Dollars nichts ausgegeben werden soll, bevor Präsident Wilson eine internationale Abrüstungskonferenz einberufen habe, mit 124 gegen 30 Stimmen verworfen.

Wilson soll Rechenschaft ablegen. Aus Washington wird dem New York Herald gemeldet, daß das Mitglied des Repräsentantenhauses von New York, Gould, eine Resolution vorbereitet, die verlangt, daß Präsident Wilson Rechenschaft über die Verwendung des Fonds von 150 Millionen Dollar ablegt, der ihm während des Krieges anvertraut wurde.

Aus der Partei.

Genosse Alfred Herze ist aus der Redaktion unseres Blattes ausgeschieden, um einem Rufe als Lehrer an die Volkshochschule in Gera-Lina zu folgen. Seit dem Jahre 1905 hat Genosse Herze seine Kraft unserem Blatte gewidmet — als Berichterstatter begann er seine Laufbahn. Viele Jahre hat er dem gewerkschaftlichen Teil der Leipziger Volkseitung mit anerkannter Sachkunde und Sorgfalt redigiert — seitweise war er auch im politischen Teil tätig. Vor einigen Wochen hatte er das Feuilleton übernommen, zu dessen Leitung er als langjähriger, eifriger Mitarbeiter in der Arbeiterbildung besondere Eignung mitbrachte. Diesem letzten Aufgabenkreis wird er sich nun in Gera widmen. Wir wünschen dem Abscheidenden in seinem neuen Wirkungsgebiet recht fruchtbare Arbeit — sein Schaffen in der Leipziger Volkseitung wird ihm unvergessen bleiben.

Der Sozialist. Die sieben erscheinende Nr. 6 der von Dr. Rud. Breitscheid herausgegebenen unabhängigen sozialdemokratischen Wochenschrift enthält folgende Beiträge: Auf dem Wege zur Internationalen, von E. Martow; Der Islam in der 3. Internationale, von F. Cicotti; Finland auf dem Wege zur Demokratie, von A. S. Witt; Die österreichische Arbeiterschaft und die Steuerfrage, von Theresie Schlegelinger; Schulverwaltung, von Anna Siemsen.

Der Sozialist erscheint wöchentllich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, durch die Post oder durch den Verlag T. Breitshied, Berlin W. 15, zum Preise von vierteljährlich 15 Mk., Einzelnummer 1.50 Mk. zu beziehen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Heinrich Fiehnert in Leipzig.
Verantwortlich für den Inseratenteil: Friedrich Bitter, Borsdorf-Deipzig.
Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft, Leipzig.
Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.

Durch die geplanten Vebgänge soll in Tages- und Abendklassen die Möglichkeit geschaffen werden, für das Schneidergewerbe interessierten wie besonders veranlagten jungen Mädchen in Kleidertour, Fortschritten, Geschmackskunde, Schneidetechnik und Kostümgewerbe die notwendige Fortbildung bez. Ausbildung zu gewähren. Das Nähere über Anmeldung enthält die Anzeige im amtlichen Teile.

Zu dem Streit der Ordnungsbilder vom Leipziger Tageblatt und von der Leipziger Allgemeinen Zeitung schreibt das Tageblatt:

Die Leipziger Allgemeine Zeitung behauptet, daß sie mehr als doppelt so viel Leser hat wie wir. Diese Behauptung ist unwar. Wahr dagegen ist folgendes: Die Leipziger Allgemeine Zeitung, hinter der nach ihrem Anspruch „eine große Partei steht“, konnte im Juli 1914 am Kopf ihres Blattes stolz verkünden, daß sie 63000 Bezahler habe, während heute ihre Auflage auf 27000—28000 geunken ist. Dagegen hat sich unsere Auflage seit dem Juli 1914 um mehrere tausend erhöht, so daß wir heute der Leipziger Allgemeinen recht nahe gerückt sind.

Ebenso unwar ist die Behauptung der Leipziger Allgemeinen Zeitung, daß das Leipziger Tageblatt „seine Inserate halb geschenkt“ annimmt. Es hat, wie wir der Allgemeinen Zeitung verraten, im Gegenteil den Betrag seines Inseratenteils seit 1915 um genau 825 Proz. gesteigert.

Zum Schluß kündigt das Tageblatt gerichtliche Klage gegen die Allgemeine an, wobei die Öffentlichkeit erfahren kann, wer von beiden Tanten am meisten schwindelt. Auffällig ist, daß die Ratstante keine bestimmten Angaben über die Zahl der Leser gibt. Warum?

Vom Dividendenwesen in Leipzig. Die Kammerzinspinnerei Gaußsch bei Leipzig A.-G. wird verteilt 12 Prozent (wie i. B.) Dividende und 10 Prozent (10 Prozent) Bonus. Auf die Vorzugsaktien werden 7 Prozent Dividende verteilt. Auf ein besonders fettes Jahr können die Aktionäre der Eisenbahn Schiene Aktiengesellschaft, Rausdorf-Leipzig zurückblicken. Im Geschäftsbericht dieser Gesellschaft heißt es: „Im vorliegenden Geschäftsjahre wurde das anfängliche Aktienkapital von 2 Mill. Mark 17 mal umgelegt, was anfanglich einen Handel in Weltauereraktien, durch den Verkauf auf Lager gearbeiteter fertiger eiserner Rollen, durch viele Ausfuhrgebühren in Konstruktions nach eigenen Entwürfen und durch den Verkauf der deutschen Markt im Ausland ermöglicht wurde. Noch erfolgreicher wäre das Ergebnis gewesen, wenn nicht die Arbeiter 2 1/2 Monate gekettet hätten. Die Gesamtsumme erreicht im Berichtsjahre die Höhe von 33,5 Mill. Mark. Fabrikationsaufwendungen und Geschäftskosten erforderten 27,3 Mill. Mark. Nach Abschreibungen von 6530 Mark verbleibt ein Reingewinn von 616 (185) Mill. Mark zu folgender Verwendung: Rücklagefonds 282.500 (42.500) Mark, Vorkaufsfonds für Bergbau 200.000 (100.000) Mark, Tantieme für Aufsichtsrat und Geschäftsleitung 444.000 (188.554) Mark, 30 Prozent Dividende auf das 4 Millionen betragende Aktienkapital = 1,2 Millionen Mark (25 Prozent auf 2 Millionen Mark Aktienkapital = 500.000 Mark), Ausgabe von 4000 Gratis-Stammaktien 4 Millionen Mark und Vortrag auf neue Rechnung 29.618 (8125) Mark. Das durch 4 Millionen Mark Gratis-Stammaktien, deren Gesamtwert der Gesellschaft für Betriebszwecke, besonders zur Ausführung der Neubauten, erhalten bleibt, auf 8 Millionen Mark erhöhte Aktienkapital soll nach dem der Hauptversammlung unterbreiteten Entzage um weitere 2 Millionen Mark, insgesamt also auf 10 Millionen Mark erhöht werden. Es wird vorgeschlagen, 1 Million Mark auf den Inhaber lautende, den übrigen 8 Millionen Mark Stammaktien gleichgestellte Stammaktien zu vari unter Ausschluss des aktiven Bezugsrechtes der Aktionäre sowie 1 Million Mark auf den Inhaber lautende Vorzugsaktien mit sechsstimmigem Stimmrecht auszugeben. Dieser Geschäftsbericht ist dem Bericht, wie ich die Aktionäre im Geldes sammeln. Besonders ist es, daß es im Bericht heißt, die zurückgehenden Preise seien die Ursache für die Wiederkehr eines normalen Geschäftsganges und erweiterter Geschäftsmöglichkeiten. Damit wird eingeklinkt, daß die bisherigen Preise viel zu hoch waren und produktionshemmend gewirkt haben.

Zugendweiche für Schulentlassene. Die Eltern der 49. Volksschule, Schönewitz, welche ihre Kinder nicht an der Konfirmation teilnehmen lassen wollen, können sie zu der am 20. März stattfindenden Zugendweiche bis zum 28. Februar anmelden bei Hermann Ziegler, Könnigerstraße 84, I. — An der 32. Volksschule nehmen die Genossen Adolf Richter, Ferkner Straße 11, und Adolf Jänichen, Reichstraße 43, Hof 1, Anmeldungen entgegen. — Der Ortsverein Wahren hat die Genossen Paul Rausch, Dullische Straße 46, und Paul Rausch, Königstraße 44, zur Entzahnahme von Anmeldungen bestimmt.

Zum Eisenbahnunglück auf dem Hauptbahnhof. Zeugen gesucht! Alle Personen, die am 11. Februar 1921 über die Einfahrt des verunglückten Zugs in die Halle des Hauptbahnhofs Beobachtungen gemacht haben, soweit sie nicht bereits behördlich befragt worden sind, und diejenigen Mitreisenden des verunglückten Zuges, die auf der Fahrt sachdienliche Beobachtungen gemacht haben, werden gebeten, ihre Adresse unter dem Altkennzeichen 1 10, 9/21 dem Polizeiamt Leipzig, Kriminalabteilung, oder dem Untersuchungsrichter beim Landgericht Leipzig mitzuteilen. — Der Kolonistführer Hülthner ist aus der Haft wieder entlassen worden, nachdem alle Beweiserhebungen zur Sicherung vor einer Verurteilung satzungsgemäß haben.

Einziehung der Einkommensteuermarken zu 25 Mt. Auf Veranlassung der Finanz- und der Postverwaltung ist der Betrieb der Einkommensteuermarken zu 25 Mt. mit sofortiger Wirkung eingestellt worden, nachdem bekannt geworden ist, daß fälschlich nachgedruckte Falschstücke, die unter Verwendung von Wasserzeichenpapier hergestellt sind, in beträchtlicher Zahl in den Verkehr gebracht worden sind. Die in den Händen der Benutzer befindlichen echten Steuermarken zu 25 Mt. behalten bis zum 28. Februar Gültigkeit, soweit sie bis zu diesem Tage in die Steuerarten eingelebt und entwertet sind. Nach dem 28. Februar entwertete Steuermarken zu 25 Mt. werden nicht mehr an Zahlungsfest angenommen. Die nicht verwendeten Marken können in der Zeit vom 1. bis zum 31. März gegen andre Steuermarken an den Posthäktern zum vollen Nennwert umgetauscht werden.

Lebensmittelliste für Dienstag, den 22. Februar.

Für Haushaltungen.
Anmeldung, Ausländerkarte: abzugeben Marken 13 Lebensmittellisten Reihe K (Dreierlei Pfund).
Ausgabe, Kohlenarten für Gewerbe, Behörden usw. im Kohlenamt, Hartorfstraße 3, II. Obergeschoss, 8—1 Uhr; Buchstabe M.
Schweinefleisch für Arbeitslose im Schlachthof, Schumann 11, 9—3 Uhr; Buchstabe F—K.
Lebensmittellisten für Schankwirte und Konditoren: Marktgrafenstraße 8, Zwischengeschoss, Buchstabe A—H.
Kochmehl: Vekler Zug — bestellt mit Marken 9 K Lebensmittellisten Reihe B (250 Gramm).
Nährmittel für Kinder bis zu zwei Jahren: Beginn — bestellt mit M 5, N 5, Z 5 der Lebensmittellisten 8 1/3.
Nährmittel für Schwangere: Beginn — bestellt mit SN 5 der Sonderlebensmittellisten für Schwangere, Stillende usw.

Für Händler.
Butter: Bezeugartenablieferung.
Leigwaren und Weizenmehl: Markenabgabe.

Polizeinrichten.

Der Knabenräuber im Döbade! Bei der Kriminalabteilung befindet sich ein 22 Jahre alter Bader in Haft, der sich am 15. d. M. in einem Abzug des Döbades in der Eisenbahnstraße an einem 13-jährigen Schulknaben in gemeiner Weise unzüchtig vergriffen hat. Nach Verübung der Tat machte sich der Jugendräuber schleunigst aus dem Staube, wurde aber von einem jungen Bader, der von dem Sozialrat zufällig Kenntnis erlangt hatte, ersonnen. Bei seiner Vernehmung gab er zu, daß der angezeigte Fall nicht der einzige sei, in dem er sich im Döbade vergriffen habe, sondern bereits Mitte Januar d. S. habe er sich dafelbst in zwei Fällen an zwei verschiedenen anderen Schülern, die er nicht kenne, unzüchtig vergriffen. Es ist dringend nötig, daß sich diese beiden Knaben sowie etwaige sonstige Verletzte oder deren Angehörige schnellstens bei der Kriminalabteilung oder der nächsten Polizeiwache melden.

Ein angeblicher Kartoffelkäufer festgenommen. Festgenommen wurde der angebliche Kaufmann Karl Müller, der in L. Wohls, Werderstr. 15, gewohnt und umfangreiche Bestellungen dadurch begeben hat, daß er Bestellungen auf Kartoffeln entgegennahm, sich vertrauliche Beziehungen darstellte, dann aber nichts mehr von sich hören ließ. Selbstverständlich war Müller gar nicht in der Lage, überhaupt Kartoffeln zu liefern, es war ihm vielmehr nur um die Erlangung von Vorkäufen zu tun. Es liegen bereits eine große Anzahl Anzeigen vor, doch ist anzunehmen, daß Müller noch andere Personen schädigt hat, die aus irgendeinem Grunde eine Anzeige bisher unterlassen haben. Diese werden gebeten, sich sofort bei der Kriminalabteilung oder der nächsten Polizeiwache zu melden.

Bermittelt wird seit dem 14. d. Mts. die 16-jährige, Münzberger Straße 99 bei ihren Eltern wohnhaft gewesene Hausdame Marie Grete Volter, die die elterliche Wohnung an dem genannten Tage früh 7 Uhr verlassen hat, um ihrer Beschäftigung nachzugehen, bis heute aber nicht dahin zurückgekehrt ist. Ihre Eltern befürchten, daß sie in schlechte Gesellschaft geraten oder gar entführt worden ist. Die Vermählte ist etwa 1,60 Meter groß, kräftig, hat dunkelblondes Haar, blaue Augen, rundes, volles, gelblichrotes Gesicht und war bekleidet mit blauem Rock, grau- und grüngezierter Bluse mit blauem Kragen, hellrotem Jackett mit schwarzem Samtgürtel, schwarzer Bon, ungezierter Unterwäsche und war ohne Kopfbedeckung. Außerdem hat sie, wie sich nachträglich herausgestellt hat, bei ihrem Weggange ein grün- und weißgeziertes Kleid mit breitem weißem Kragen und blauer Schleiße sowie zwei weiße Unterhosen mitgenommen, die sie wahrscheinlich später angelegt haben wird. Es wird gebeten, das junge Mädchen beim Betreffen einem Polizeibeamten zu übergeben.

Sächsische Angelegenheiten.

Die Geheimnisse des Flüchtlingslagers.

Standalde Zustände in Zeithain.

Unserm Dresdner Bruderblatt ist von zuverlässiger Seite ein Bericht zugegangen, in dem es heißt: „Der Truppenübungsplatz Zeithain ist zur Zeit mit ungefähr 2500 Flüchtlingen und sogenannten „Grenzvertriebenen“ aus dem polnischen Osten belegt; es sind also dort sowohl geschnittene „Auslandsdeutsche“ wie eine Anzahl Leute aus Polen untergebracht. Der „Dank des Vaterlandes“ äußert sich nun an ihnen in der merkwürdigsten Weise.“

Anfolge eines bedauerlichen Vorkommnisses bei der Verwaltung des Heimkehrerlagers mahnte man die Grenzvertriebenen. Man schied sie bei Wind und Wetter ohne Rücksicht, ob kranke Familienangehörige dabei sind, mit der Eisenbahn tagslang in andere Flüchtlingslager. Es ist vorgekommen, daß eine Frau mit vier kleinen Kindern den Viehl erhalten hat, sofort ihre Möbel in einen Eisenbahnwagen zu verladen und abzureisen. Der Mann befand sich auf der Suche nach Arbeit. Die Frau wußte sich keinen Rat mit ihren kleinen Kindern, sie fand auf der Straße und weinte. Die Flüchtlinge müssen sich der Gnuß und Angst der militärischen Vorgesetzten beugen wie die Soldaten 1914—1918. Wer sich irgendwo aufschaut, sieht hinaus. So geschah am Sonntag, dem 23. Januar 1921, als ein Flüchtling, Angehöriger einer Kommission, den Weisbefehl der Herren Beamten betreten hatte, weil die andern Kommissionsmitglieder im selben Raum zwecks Besichtigung weichen. Ein Hauptmann a. D. ließ ihn zu sich kommen und erklärte ihm, daß er Montag aus Lager verlassen müsse.

Im Monat Dezember waren die Zahlungen des Taschengeldes, pro Tag und Person 1 Mt., fällig. Verschiedene Flüchtlinge wollten mit diesem Gelde ihrer Familie eine kleine Weihnachtsgabe machen. Sie konnten es nicht, weil die Verwaltung angeblich keine Mittel dazu hatte. Zum Weihnachtsfest selbst aber wurden den Beamten und Angestellten Weihnachtsgaben in Höhe von 300, 200 und 100 Mt. gezahlt. Die Flüchtlinge sind in den leerstehenden Mannschaftsbaracken untergebracht. Bis zu vier Familien mit 20 Köpfen ohne Unterschied des Geschlechts in einem Zimmer. Man sagt, es sei nicht anders möglich, da noch mehr Flüchtlinge im Lager untergebracht werden müßten. Platz und Mittel hat man jedoch gehabt, um einen großen Saal für Beamte und Angestellte einzurichten. Dieser Raum soll angeblich dazu dienen, nachts im Lager ankommende Flüchtlinge aufzunehmen. Die Flüchtlinge werden aber bald eines andern befehlt, wenn sie diesen Raum betreten. So leuchten ihnen am Abend grüne und rote Lichter entgegen, vor ihnen stehen weißgedeckte Tische in Reih und Glied — nicht für die Flüchtlinge, sondern für die Beamten und Angestellten. Die weißen Tische stammen aus Reichsgutentum in Gestalt von Bettlaken. Die Verwendung dieser Bettlaken zu andern Zwecken, als ihr Name schon sagt, ist verboten. Dafür hat mancher Flüchtling sein ganzes Hemd auf dem Tische. Hier legt man das Linnen als Tischläufer aus.

An der Zeit vom 26. bis 30. Januar sind beim Heimkehrerlager

200 bis 300 Weisbrote verheimlicht.

Die Brote waren für Kranke bestimmt. Man hat sie in einem Misthaufen vergraben. Einige Flüchtlinge arduen sich das verdorbene Brot aus und verzehrten es. Die Sache kam zur Anzeige, weil die Flüchtlinge damit nicht einverstanden waren, daß man ihre ihnen zuzehenden Lebensmittel nicht besser verwaltete. Einige Herren von der Verwaltung haben die Flüchtlinge, welche die Sache meldeten, noch zur Rede gestellt.

Wegen dieser Vorgänge bestand unter den Flüchtlingen das Bedürfnis, sich einer wirtschaftlichen Organisation anzuschließen, um ihre Interessen wahrnehmen zu können. Die Folge davon ist Verhinderung in andre Lager, damit ja keine Unannehmlichkeiten an die Deutschen bringen. Wer zahlt die Kosten dieser unnötigen Eisenbahntransporte? Als Grund gibt man

parteiliche, kommunistische Intrigen

an, die tatsächlich nur im Gehirn der schuldigen Personen bestehen.“

Herr Stücken, der Reichskommissar für Flüchtlingswesen, hätte alle Veranlassung, sich das Zeithainer Döhl einmal in der Nähe zu betrachten und schleunigst Wandel zu schaffen.

Die Waffen der tschecho-slowakischen Legionäre.

Eine Erklärung des Ministers Lipinski.

Minister Lipinski sendet zu dem Artikel „Kommunistische Kampfmittel“ folgende Klarstellung: „Ende Juli v. J. wurde von dem Betriebsrat der Eisenbahner in Dresden eine Sendung Waffen nach der Slowakei angehalten. Im Einverständnis mit dem Ministerium des Innern wurde die Waffensendung zurückgehalten und die Waffen im Arsenal unter Blaubenverhau in Verwahrung genommen. Es bestand der Verdacht, daß diese Waffen von den Ententetruppen für Polen verwendet wurden. Nach der Sicherstellung der Waffen haben Verhandlungen der Tschechoslowakei mit dem Auswärtigen Amt in Berlin stattgefunden und haben das Ergebnis gezeitigt, daß im Mai 1920 eine Vereinbarung der Tschechoslowakei mit dem Auswärtigen Amt getroffen worden ist, daß die Legionäre der Tschechoslowakei nach Sibirien durch Deutschland transportiert werden sollen, daß aber die Waffen in besonders verschlossenen Wagen transportiert werden sollten. Die Verhandlungen sind fortgesetzt worden und das Auswärtige Amt hat angeordnet, daß diese Waffen nimmehr der tschechoslowakischen Regierung ausgeliefert werden sollen. Bevor diese Auslieferung erfolgte, trat ein Betriebsrat der Eisenbahner mit der Bitte an das sächsische Ministerium zu erklären, ob es der Auslieferung zustimme. Darauf wurde erklärt, daß die sächsische Regierung verfassungsmäßig nicht in der Lage sei, der Anordnung des Auswärtigen Amtes zu widersprechen und daß ja auch der Grund einer Begründung der Entente in Polen jetzt weggefallen sei. Die Waffen sind darauf an die Tschechoslowakei ausgeliefert worden. Der Minister Stücken hat mit der ganzen Angelegenheit nichts zu tun gehabt, da diese ja Angelegenheit des Ministeriums des Innern und nicht des Arbeitsministeriums war.“

Eine ähnlich lautende Erklärung ist uns auch vom Gesamtministerium zugegangen.

Die Hilfskassen für die Elbflüchtlinge.

Der Dresdner Verkehrsverein hat zusammen mit 73 Stadt- und Ortsgemeinden eine Eingabe an die sächsische Regierung gerichtet wegen eines staatlichen Zuschusses für die in schwerer wirtschaftlicher Bedrängnis befindliche Sächsisch-Böhmische Dampf-Schiffahrts-Gesellschaft. Die Eingabe weist darauf hin, daß ein erheblicher Teil des Wirtschaftslebens der an der Elbe liegenden Ortschaften mit den Einnahmen aus dem Reise- und Ausflügeverkehr auf der Elbe inne und falle. Alle Anziehungskraft der Stadt Dresden mit ihren Schänen, der schönen Städte und Dörfer im Elbtal, der Sächsischen Schweiz würde nicht ausreichen, den für das wirtschaftliche Gedeihen unerlässlichen Zugang der fremden Besucher und der Felerlagsausflügler festzuhalten, wenn einmal der Elbstrom nur noch als toter, unzugängliches Gewässer das Land durchschneide. Die Dampfjahre auf der Elbe sei eine der großen, über die ganze Welt berühmten Anziehungskräfte Sachsens. Es wäre in höherem Sinn unwirtschaftlich gehandelt, wollte man sich dieses wertvollen Besites hegeben lediglich deshalb, weil er keine unmittelbar erkennbaren Einnahmen bringe, sondern Ausgaben verurliche, die gewissermaßen Werbeaufkosten darstellten.

Zur Anhebung des § 218 des Strafgesetzbuchs.

Die Gesellschaft für Natur- und Heilkunde und die Gynäkologische Gesellschaft in Dresden haben sich in einer Entschließung an den Reichstag gewandt, die sich gegen den bekannten Antrag der Reichstagskommission auf Aufhebung der Bestrafung der Abtreibung innerhalb der ersten drei Monate der Schwangerschaft richtet. Die Eingabe weist auf die großen gesundheitlichen Gefahren solcher Eingriffe, die keineswegs harmlos seien, hin, erklärt aber die Abtreibungs-Paragrafen des Strafgesetzbuchs in ihrer jetzigen Form für veraltet und nach veränderten Richtungen hin für dringend verbesserungsbedürftig.

Beratungsjelle für Geschlechtskranke.

Man schreibt uns: „Wie oft hört man, daß jugendverheiratete, anscheinend gesunde und kräftige Leute kinderlos bleiben oder nur solche Kinder zur Welt bringen. Diese Eltern leiden hierunter am schwersten selbst, namentlich dann, wenn sich eines von ihnen — zumut wird es der Vater sein — nicht ohne Schuld fühlt; denn in den meisten Fällen sind vernachlässigte Geschlechtskrankheiten die Ursache dieses Zustandes, der zur allmählichen Zerrüttung des Familienlebens und damit des Lebensglücks führen muß.“

Wer sich geschlechtskrank fühlt, suche unter allen Umständen so bald als möglich den Arzt auf. Im Anfangsstadium sind diese Krankheiten schnell und sicher heilbar, später entweder überhaupt nicht oder nur durch umständliche, zeitraubende und teure Kuren. Die minderbemittelte Geschlechtskranke hat die Landesversicherungsanstalt im ganzen Lande Beratungsstellen eingerichtet, wo unter Mahnung völliger Verschwiegenheit solche Kranken kostenlos sachrätlich beraten und nach Bedürfnis ärztlicher Behandlung zugeführt werden.

Für Leipzig und die Amtshauptmannschaft Chemnitz Leipzig, Grimma und Borna befindet sich eine solche Beratungsstelle in Leipzig, Töpferstraße 3, I. Fernsprecher Nr. 8008. Sprechstunden sind hier für Männer und Frauen: Montags und Mittwochs, von 11 bis 12 und von 6 bis 7 1/2 Uhr nachmittags; für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Chemnitz, sowie die Amtshauptmannschaft Hainichen, Mittweida, Burgstädt und Benig in Chemnitz, Hohenpfortenstraße 15. Fernsprecher Nr. 3028. Sprechstunden für Männer und Frauen: Dienstags und Donnerstags, von 11 bis 12 Uhr vormittags und 1/2 bis 1/2 Uhr nachmittags.

Amerikanische Milchfäule für die sächsischen Großstädte.

Wie wir von zuverlässiger Stelle erfahren, wird Dresden aus der amerikanischen Milchfäule vorzugsweise etwa 30 Milchfäule erhalten. Auch die sächsischen Großstädte Leipzig und Chemnitz werden mit einer ähnlich hohen Zahl von amerikanischen Milchfäulen rechnen können. Die genaue Differenz kann aber erst festgestellt werden, wenn die vierwöchige Quarantänezeit abgelaufen ist, da sich erst dann übersehen läßt, was von den Tieren unbelorft werden können. Die bereits gemeldete Ueberfallung von zwei Kühen für Leipzig stellen eine private Schenkung dar, während die etwa 30 Kühe der Stadt zur Verfügung gestellt werden.

Schulbesuch am Frühjahrsurlaub.

Das sächsische Kultusministerium hat angeordnet, daß, nachdem der Frühjahrsurlaub die Eigenchaft eines staatlich anerkannten Feiertags verloren hat, an diesem Tage der Unterricht in den Schulen wie gewöhnlich abzuhalten ist.

Größe bei Niese. Bei der hiesigen Gemeinde erziehen ein junger Arbeiter und gab an, daß er nachts auf dem Wege nach Neuen angefallen und durch einen Meherstich im Gesicht verletzt worden sei. Der junge Mann hatte auch tatsächlich eine schwere Stichverletzung im Gesicht. Die angestellten Erörterungen haben jedoch ergeben, daß der Überfall von ihm fälschlich worden ist und er sich die Verletzung selbst beigebracht hat. Vor einiger Zeit waren auf dem Wege nach Neuen Überfälle vorgekommen, und der junge Mensch hand im Verdacht, sie ausgeführt zu haben. Um diesen Verdacht von sich abzuwenden, hat er den Überfall auf sich selbst erdichtet.

Chemnitz. Die bereits 1912 zwischen der Stadt Chemnitz und der Gemeinde Heinersdorf geführten, dann aber abgebrochenen Einverleibungsverhandlungen sind wieder aufgenommen worden und haben Erfolg gehabt. Das Stadtoverordnetenkollegium stimmte in acheimer Sitzung zu. Der Ort zählt 218 Einwohner. — Die von anderer Seite gebrachte Meldung, Chemnitz wolle beim Ministerium eine Zwangsangehörigkeit der Gemeinde Schönau beantragen, entspricht nicht den Tatsachen. Vielmehr wird der Rat an die Gemeinde Schönau mit dem Entzagen herantreten, über die Einbestellung im Vertragswege mit ihm zu verhandeln.

Chemnitz. Die hiesige Stoffwebrunde ist seit kurzem von einer schweren Krise betroffen worden. Eine große Anzahl Betriebe arbeitet bloß 24—32 Stunden wöchentlich.

Leipzig. Der Gemeinderat lehnte die Besteuerung des Mindesteinkommens ab.

Großhartmannsdorf. Nach Behebung verschiedener Hindernisse ist die Inbetriebnahme der neuen Kraftwagenlinie Freiberg—Großhartmannsdorf—Pockau demnächst zu erwarten.

Zwickau. Die hiesigen Kollektoren bewilligten auf Ansuchen für das laufende Schuljahr 80000 Mark Beihilfe der hiesigen Höheren Handelschule, vier Zuzugszahlungen außer den schon bewilligten hohen Zuschüssen zur Bedienung der Unterbilanz noch 4250 Mt., der Zuzugszahlungen 35000 Mt. Beihilfe. Dazu kommen die Gewerbeschule, die Volksschule, die Hieslerschule, die Landwirtschaftliche Schule usw., die alle hohe Beiträge von der Stadt erhalten und von ebensoviel Auswärtswohnenden als von Zwickauern bezahlt werden und der Stadt hohe Kosten verursachen. — Die Stadtoverordneten stimmten der Bewilligung von 10000 Mt. für die Hinterbliebenen der Eisenbahnerverunglückten und 250000 Mt. Zuschuß zu den Unterhaltungskosten für den Bau von 30 Eisenbahnerwohnungen, endlich der Erhöhung der Stammeinnahme, wie des Darlehens für die Sächsische Kraftwagenverkehrs-Gesellschaft um 10000 Mt. zu.

Witten St. Jakob. In einer gemeinsamen Sitzung von Vertretern der Schulbehörde von Ortmannsdorf, Neudorf, Witten St. Niklas, Witten St. Jakob, Witten St. Micheln, Stangen- und Thurn wurde beschloßen, zum Zwecke der Einrichtung der Mädchenfortbildungsschule einen Zwischenschritt zu gründen. Der Ort wären 6 Klassen einzurichten, in denen die Mädchen nach Verufen gegliedert werden. Als Unterrichtsstoff soll die hiesige Weisheit ins Auge gefaßt werden. Für Ostern 1922 soll Anstellung eines hauptamtlichen Lehrers erwirkt werden, bis dahin soll ein Stundenlohn durch Ueberstunden der Lehrer der beteiligten Gemeinden zu decken.

Gornau. Die dem Wirtschaftsbeige Hermann Krumme gehörige Scheune wurde mit sämtlichen Futtermitteln, Maschinen usw. ein Raub der Flammen.

Gewerkschaftsbewegung.

Unionisten und Kommunisten arbeiten Hand in Hand.

Besonders jähbar macht sich die kommunistische Zerspaltung im Bergbau. Hier existieren neben dem freigewerkschaftlichen Verband der Bergarbeiter Deutschlands noch eine ganze Menge mehr oder weniger bedeutender unionistischer und syndikalistischer Organisationen, die ihre Hauptaufgabe nicht darin erblicken, die Interessen der Bergleute gegenüber den Bergherren zu vertreten, sondern den alten Verband zu schädigen und zu zersprengen. Da trotzdem, oder vielmehr deshalb diese Organisationen nicht vorwärts kommen wollen, versuchen jetzt die Kommunisten, den Bergarbeiterverband von innen heraus zu untergraben und in die unionistische Fahrwasser zu ziehen. Sie bilden im Verband „Zellen“, und diese arbeiten Hand in Hand mit den Unionisten und nach den Anweisungen der A.P.D.-Zentrale planmäßig an der Zerschlagung des Verbandes.

So tagte am 7. Februar eine Konferenz der kommunistischen Fraktionsobleute des Verbandes gemeinsam mit den Vertretern der Freien Arbeiter-Union (Gewerkschaften). In dieser Konferenz ist zu dem Verband des Bergbauers der Bergarbeiter Deutschlands und zur Neuwahl der Betriebsräte Stellung genommen worden. Also außerhalb des Verbandes stehende Leute wollen Einfluss nehmen auf dessen Verbandstag, und die Kommunisten geben sich zur Durchführung dieses Bestrebens hin. Die Freie Arbeiter-Union bekämpft den Verband der Bergarbeiter aufs Schärfste, die Kommunisten leisten ihnen Hülfsdienste. Das ist ein unerhörter Vorgang. Was würde die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft wohl dazu sagen, wenn einzelne Gewerkschaftsfunktionäre hinter ihrem Rücken mit den gelben Wetzsteinen über die Zerschlagung der Gewerkschaft beraten würden? In Acht und Bann würden solche Verräter erklärt. Was die Kommunisten im Bergbau tun, ist genau so zu bewerten. Als Scham scheint bei ihnen zu den Hundes geflohen zu sein. Praktisch bedeutet das Vorgehen der A.P.D.-Zellen tatsächlich die Zerschlagung des Bergarbeiterverbandes. Das geht auch schon daraus hervor, daß die A.P.D.-Zellen bezirksweise zusammengefaßt und mit den Unionisten vereinigt werden sollen. Die Auswahl der Kandidaten zu den Betriebsräten soll nicht unter Berücksichtigung der tatsächlichen Eignung, sondern lediglich der Parteizugehörigkeit erfolgen. Auch hier wieder geht es Hand in Hand mit den Unionisten und Syndikalisten! Und diese Leute geben vor, die Einheit der Arbeiter fördern zu wollen. In der Beurteilung der Kommunisten muß man es mit Wallenstein halten: man muß ihnen weniger auf's Maul als auf die Füße schlagen.

Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter kann natürlich nicht ruhig zusehen, wie die Bergarbeitergewerkschaft geschwächt wird und vielleicht in Kürze wieder dort stehen werden. Er macht deshalb aufs neue auf den Beschluß des Gesamtvorstandes und der Bezirksleiter vom 14. Januar 1921 aufmerksam, in dem es u. a. heißt:

Wenn sich Verbandsmitglieder an der Bildung kommunistischer Reinzellen zur Sprengung unserer Organisation beteiligen sollten, so müssen diese Leute rückstuflos nach unserm Statut als Verbandsmitglieder bestraft werden. Auch die Teilnahme unserer Betriebsräte an den von kommunistischen „Zellenbauern“ unter irgendeinem Vorwande veranstalteten Konferenzen und Besprechungen begünstigt die Zerspaltung der Arbeiterschaft und muß daher unter allen Umständen unterbleiben.

Und unter Bezugnahme hierauf weist der Vorstandsvorsitzende darauf hin, daß Mitglieder des Verbandes, die sich

1. an der Bildung kommunistischer „Reinzellen“ oder „Fraktionen“ beteiligen oder sie fördern,
2. an Konferenzen teilnehmen, die von kommunistischer Seite einberufen und gegen unsere Organisation gerichtet sind,
3. als Kandidaten für die kommunistischen Wahllisten aufstellen lassen oder für sie agitieren,

die Einheitsfront und die notwendige Verbandsdisziplin durchbrechen und sich so ohne weiteres außerhalb des Verbandes stellen!

Die Bezirks- und Ortsvereinigungen sind verpflichtet, solche Mitglieder unter Angabe der Verbandsnummer zu melden, damit ihre Meldung in der Mitglieder-Registrierung ohne weiteres erfolgen kann. Zwei Ausschüsse sind aus diesem Grunde bereits erfolgt.

Wir wünschen uns keinen Augenblick über die Gefahr, die über den Verband der Bergarbeiter heraufbeschworen worden ist. Wenn von irgendeiner Seite eine Unbesonnenheit begangen wird, kann leicht eine völlige Spaltung des Verbandes und damit eine schwere Schädigung der Bergarbeiter eintreten. Es muß deshalb dringend gefordert werden, daß jedes nervöse Umstichschlagen seitens des Vorstandes unterbleibt, und daß nur verbandsschädigende Handlungen als Gründe zum Ausschluß gelten. Die deutschen Gewerkschaften konnten nur groß werden dadurch, daß sie strenge parteipolitische Neutralität wahrten. Die Abwehr der kommunistischen und unionistischen Zerspaltungsaktion wird aber um so leichter sich gestalten, je mehr die Gewerkschaften dazu übergehen, den Gedanken der Arbeitsgemeinschaft mit den Kapitalisten zu entsagen und ihre Aktionen einzustellen auf das große Ziel der Errichtung der sozialistischen Gesellschaft. Und in dieser Beziehung stehen auch dem Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands wichtige Aufgaben zu lösen übrig.

Auch eine Angestelltenorganisation!

10 140 Arbeitgebern in der D.S.B.

Das zweite Halbjahr 1920 hat als Folge des wirtschaftlichen Niedergangs fast allen Arbeitnehmerorganisationen einen Rückgang in der Mitgliederzahl gebracht. Auch der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband ist davon nicht verschont geblieben. Seinen eigenen Angaben nach ist die Zahl seiner Gehilfenmitglieder von 211 254 am 1. Juli 1920 auf 210 356 am 1. Januar d. J. zurückgegangen. Beachtet man aber in seiner Statistik, daß 7730 „zum Streichen vorgemerkte Mitglieder“ und weitere 4223

„zum 1. 1. 21 vorgemerkte Neu- und Wiederaufnahmen“ mit als Bestand eingeleitet wurden, so ergibt sich in Wirklichkeit ein Rückgang von etwa 13 000 Gehilfenmitgliedern!

Ein Trost aber ist dem D.S.B. geblieben: die Zahl seiner unterstehenden (des: Arbeitgeber-) Mitglieder ist bedeutend gestiegen: von 4228 am 1. Juli 1920 schnellte sie empor auf 10 140 am 1. Januar d. J.

Die Unternehmer opfern ihr Geld natürlich nicht umsonst, der D.S.B. muß die Interessen der Prinzipale wahren, wo es nur geht. Deshalb kann auch ein aufgeklärter Angestellter dieser gelben „Gewerkschaft“ nicht angehören. Der Zentralverband der Angestellten ist die einzige freigewerkschaftliche Organisation für die Handelsgewerkschaften.

Die Wäckerinnung als gelbe Brutstätte.

Im Oktober vorigen Jahres berichteten wir, daß die Wäckerinnung bestrebt war, eine gelbe Streikbrecher-Organisation zu gründen. Die Wäckerinnung ist tariflos in allerhöchstem Grade. Mittel, die an Errettung gehen, wurden angewandt, um die Gezellen um ihren Tariflohn zu bringen. Circa 40000 Mk. hat der Zentralverband innerhalb 6 Monaten für die betroffenen Gezellen auf dem Klagenweg herausgeholt, und 50000 Mk. rückständiger Löhne sind noch ausstehend. Dabei mußten wir auch den Obermeister Karl Wuttke, Reudnitz, Sienismundstraße, erwähnen, der seinen Gezellen nicht den tarifmäßigen Lohn zahlte und obendrein die gewerkschaftliche Arbeitszeit überschreitet. Daraufhin sandte Herr Wuttke dem Zentralverband ein Schreiben, worin er in Abrede stellt, mit der Auftragsvergabe der Gelben etwas zu tun zu haben. Weiter erklärt Herr Wuttke, daß sein Gezelle rechtlich minderwertig sei. Dieser habe uns daher ganz unverantwortliches Zeug unterbreitet. Wir haben unsre Verhandlungen aufrechterhalten müssen auf Grund des uns vorliegenden Beweismaterials und haben Herrn Wuttke eine dementsprechende Antwort zukommen lassen. Heute wollen wir nun ein weiteres Beweisstück dafür bringen, daß die Innung nicht mehr geheim, sondern frei und offen die gelbe Streikbrecherorganisation zu fördern versucht.

Auf unserem Verbandsbureau sind uns eine Anzahl vertriebsfähiger Handzettel ausgehändigt worden mit folgenden Wortlaut:

Au die verehrte Meisterei der Wäckerinnung in Leipzig.
Das andauernde terroristische Vorgehen des Gezellenverbandes gegen die Meisterei und handwerkstreuere Wäckerinnung hat uns Veranlassung gegeben, hiergegen aufs Schärfste vorzugehen. In der Hauptstadt wollen wir die Leipziger Wäckerinnung, die in ihrem überwiegenen Teile handwerkstreu und gesinnt sind, nicht weiter einer Organisation zum Opfer in die Hände fallen lassen. Die sich die Untergrabung der Existenz des selbständigen Wäckermeisters zur vornehmsten Aufgabe gemacht hat.

Aus diesem Grunde haben wir in Leipzig eine Ortsgruppe des Bundes von handwerkstreuere Wäckerinnungen gegründet, dem bereits ein beachtlicher Teil unserer Kollegen beigetreten ist.

Es gilt aber weiter zu organisieren und eine Scheidewand aufzubauen zwischen den beiden Feinden des Handwerks und uns, die das Handwerk aufs wärmste zu schützen begehren.

Jeder auf dem Boden der handwerkstreuere Meisterei stehende Wäckerinnung muß ungeniert dem Bunde beitreten und erdillen hierbei die Hilfe der Meisterei.

Wir bitten die anhängende Beitrittserklärung denjenigen in Ihren Betrieben arbeitenden Gezellen zur Unterfertigung vorzulegen, welche als handwerkstreuere Meisterei auszusprechen sind.

Unterstützen Sie bitte unsere Arbeit, so dient zur Erhaltung der ehrbaren Wäckerinnung und damit auch Ihrer Existenz.

Unterstützende Beitrittserklärungen wollen Sie nach dem Wäckerinnungsbureau, Leipzig-Reudnitz, Kohlgaartenstraße 2, L., gelangen lassen.

Leipzig, den 11. Februar 1921.
Mit Handwerksgruß
Paul Mäder
Mitglied der Wäckerinnung zu Leipzig.

Nun fehlt bloß noch, daß die Wäckerinnung die Gezellen zu anweisen vermag, welche zu unterschreiben, wonach diese sich bereit erklären, unter Tariflohn zu arbeiten, die Beitrittserklärung des Streikbrecherbundes anzuschließen und sich die Beiträge dafür vom Lohn in Abzug bringen zu lassen. Wir fragen, ob Herr Wuttke auch heute noch die Kühnheit besitzt, behaupten zu wollen, daß die Innung mit dem Streikbrecher-Bund nichts zu tun hat?

Den Häuptling der Streikbrecherbande, Herrn Paul Mäder, der sich Mitglied der Wäckerinnung Leipzig nennt, wollen wir etwas unter die Lupe nehmen. Herr Mäder war von 1912 bis Ende 1920 Mitglied des Zentralverbandes der Wäcker und Konditoren. Er gehörte mit zu den Schwärzern, die die Verbandsleitung mit allerlei Worswirlen traktierten, weil sie angeblich zu langsam gegen die Arbeiterfeinde vorgeginge. Nach während seiner Mitgliedschaft im Zentralverband passierte dieser Generalstreik hinter dem Rücken des Verbandes mit der Innung. Nachdem die Verbandsrolle einwandfrei festgestellt war, wurde Mäder ausgeschlossen. Während der Kriegszeit war Herr Mäder im Konsumverein Leipzig-Plagwitz beschäftigt, mußte aber entlassen werden, weil sich allzu große Vorräte von Brot in seinem Schrank angesammelt hatten.

Bei passender Gelegenheit werden wir der Arbeiterschaft weiteres über die Taten der Innung und ihrer Freunde unterbreiten. Wir brauchen wohl nicht erst besonders hervorzuheben, daß die kurze Kammsanfrage der Gelben und der Innung von der Arbeiterschaft nicht willkürlich hingekommen sind. Herr Paul Mäder wohnt in Pannsdorf, Hugo-Schneider-Straße 7, und ist beschäftigt bei seinem Verwandten, Herrn Wäckermeister Mäder.

Die Tarifverhandlungen im Transportgewerbe

gestalten sich immer schwieriger. Das Angebot der Unternehmer, in den Großstädten 25 Mk., in Mittelstädten 20 Mk. und in Oststädten 15 Mk. anzulegen, können die Transportarbeiter nicht annehmen, da hierdurch die ganze Struktur des Tarifvertrags zerrissen wird und die Spannung zwischen den Löhnen der Groß- und Mittelstadt dann bis zu über 50 Mk. pro Mann und Woche und gegen die Kleinstadt sogar 65 Mk. beträgt. Dieser hohe Lohnunterschied läßt sich durch nichts rechtfertigen und ist in keinem Tarifverhältnis einer andern Arbeiterschaft zu finden. Infolge dieser Ungerechtigkeit waren in den Orten des Weichselischen Industriegebietes Streiks ausgebrochen, bei deren Beilegung die Lohnsätze so festgesetzt wurden, daß dieselben nur 5 Mk. bis 10 Mk. hinter denen der Großstädte zurückblieben.

Auch die Transportarbeiter in Sebnitz hatten die Arbeit eingestellt, hier waren die Lohnsätze niedriger als die staatliche Arbeitslosenunterstützung. Bei den Verhandlungen erklärte der Speiditer Curt Dreh, die Sebnitzer Unternehmer würden gerne eine Lohnzulage von 50 Mk. pro Woche zahlen, wenn die Leipziger Verbandsleitung die Anweisung hierzu gebe. Hieraus ist klar er-

sichtlich, daß die Unternehmer des Transportgewerbes auch in den kleinen Orten zahlen können und die Behauptung, sie seien am Ende ihrer Leistungsfähigkeit angelangt, eine große Unwahrheit ist. Wenn auch in den Großstädten momentan eine Gefahr des Streikes vorüber zu sein scheint, so muß aber dieser Zustand in den Mittel- und Kleinstädten Streiks heraufbeschwören, der einen großen Teil der übrigen Arbeiterschaft in Mitleidenschaft zieht.

Hartmannsdorf. In Streit getreten sind die Zücker- und Appreturarbeiter aller Betriebe, nachdem die Tarifverhandlungen ergebnislos verlaufen sind. Verlangt wurde eine 10prozentige Lohnsteigerung.

Zu dem Lohnstreik in der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie legte am 15. 2. im Reichsarbeitsministerium ein besonderer Schlichtungsausschuß, der die in Vorverhandlungen verhandelbaren Frage zu entscheiden hatte, ob seit der letzten Lohnsteigerung (d. i. Ende September vorigen Jahres) eine wesentliche, eine Erhöhung der Tariflöhne bedingende Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Sinne des § 23 des Tarift. gegeben ist. Der Schlichtungsausschuß hat diese Frage verneint. Den Parteien wurde jedoch vom Vorsitzenden anheimgegeben, die Verhandlungen nicht abzubrechen, sondern in Rücksicht auf die immerhin eingetretene, wenn auch nicht wesentliche Erhöhung der Lebenshaltungskosten den Arbeitnehmern für die erste Hälfte des laufenden Vierteljahres durch Gewährung eines kleinen Lohnzuschlags entgegenkommen zu zeigen.

Der Streik der Strassenbahnen im Ruhrgebiet dauert an. Die Verhandlungen zwischen der Direktion und den streikenden Arbeitern der Strassenbahnen haben bisher zu einem Resultat nicht geführt, so daß der Streik weitergeht.

Die Textilfabrikanten von Roubaix und Tourcoing haben sich in letzter Minute entschlossen, die Teuerungszuschläge für die Textilarbeiter bis zum 1. März weiter zu bezahlen. Infolgedessen ist die Aufforderung zum Generalkstreik zurückgenommen worden.

Von Nah und Fern.

Großer Brand im Antwerpener Hafen.

Berlin, 21. Februar. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Das Berliner Tageblatt meldet aus Brüssel: Heute vormittag 5 Uhr ist in Antwerpen ein großer Brand in einem umfangreichen Holzlager im Hafen ausgebrochen. Der Schaden beträgt 4 Millionen Frank, ist aber zum größten Teil durch Versicherung gedeckt. Sämtliche Schuppen im Maße von 5000 Quadratmeter sind niedergebrannt. Die Feuerwehr und Soldaten konnten den Brand nicht löschen und mußten ihre Tätigkeit lediglich auf den Schutz der großen angrenzenden Scheunenbauten beschränken.

Gefängnisverurteilung in Oberschlesien.

Kattowitz, 19. Februar. In Zawadzki wurde gestern am späten Abend das Gefängnis von einer Bande aus Kattowitz erbrochen. Der Grund war die Verhaftung eines Mannes, der sich unbefugt in eine ordnungsmäßig angelegte Hausdurchsuchung eingemischt hatte. Beim Eintreffen der vom Kreislandesrat angeforderten Truppen war die Bande verschwunden.

Die Schlafkrankheit in Neunorf.

Paris, 19. Februar. Nach einer Havasmeldung aus Neunorf sind seit dem 1. Januar mehr als 200 Fälle von Schlafkrankheit festgestellt worden. Die meisten seien tödlich verlaufen.

Vermihte Stifergesellschaft.

Wien, 20. Februar. Nach einer Blättermeldung wird eine aus sieben Personen bestehende Gesellschaft, darunter ein Gymnasialprofessor, ein Lehrer und verschiedene Lehrentinnen, die am letzten Sonntag eine Stitur ins Lachstein gebiet unternommen hatte, vermißt. Es wird befürchtet, daß sämtliche Personen verunglückt sind.

Eingelaufene Schriften.

- Dr. P. Golin, Sowjetrußland in der Wirklichkeit. Verlag von J. H. W. Deh. Nachl. G. m. b. H. in Stuttgart.
- H. F. H. Die Aufgaben der Kommunalpolitik. Zentralverlag G. m. b. H., Berlin NW. 8. Preis 2.50 Mk.
- Paula Buch, Einer vom Zirkus (Kronenbücher, Band 62). Rudolf Hoffe, Buchverlag, Berlin SW. 68. Preis 3 Mk.
- René Schickel, Am Glodenturm. Schauspiel in drei Aufzügen. Verlag Paul Cassirer, Berlin. Geh. 10 Mk., geb. 13 Mk.
- Edmund Edel, Der Filingslot. Kurt Ehrlich Verlag, Berlin SW. 61, Blücherstraße 12. Geh. 8 Mk., geb. 12 Mk.
- Hermann Wendel, Aus dem südländischen Risorgimento. Verlag Friedrich Andreas Vertches L.-G., Gotha. Preis 14 Mk.
- Dr. Ernst Friedrichs, Russische Literaturgeschichte. Verlag Friedrich Andreas Vertches L.-G., Gotha. Preis 12 Mk.
- Die preussischen Wahlgese. Eingeleitet und erläutert von Paul Hirsch. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Preis 7.50 Mk.
- Dr. Adolf Köster, Wilhelm als Diplomat. Ein außenpolitischer Rückblick. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Preis 1.50 Mk.
- Runo H. Bürgel, Der Stern von Afrika. Geh. 12 Mk., geb. 18 Mk. Verlag Alstein & Co., Berlin SW. 68.
- H. F. Bredebeck, Die Betriebsfreiheit im Versicherungswesen, im Handel, Schifffahrt und Industrie. Internationaler Verlag Wejffs, Amsterdam. Preis 24 Mk.
- Philipp Scheidemann, Der Zusammenbruch. Berlin, Verlag für Sozialwissenschaften.
- Prof. Dr. med. H. Kerscheneiner, Vom Herzen und den Nützigen. Max Hesses Verlag, Leipzig. Preis geb. 4.50 Mk.
- Felix Herold, Wandlungen. Roman. Tenen-Verlag, Leipzig.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Butterverteilung.

Die auf Marke Q der Landesfettkarte Reihe A ausgeteilten 90 g Butter kosten 5.15 Mk.
Die Marken Q sind in der Bezahlstelle mit 80 g zu berechnen. Die Umrechnung auf 90 g erfolgt durch die Grohhändler.
Ernährungsamt Leipzig, am 19. Februar 1921.

Ausgabe von Beihilfen der Hauptkassen der Hausbrandjahre 1920/21.

1. Der Beihilfenabnehmer der Reihe E der Hauptkassen ist bis zum 25. Februar 1921 beim Kohlenhändler anzumelden und von diesem

bis zum 1. März 1921, 100 Stückweise gebündelt, beim Kohlenamt abzugeben.

2. Nach dem 1. März 1921 zur Ablieferung kommende Beihilfenstücke können bei der Berechnung der nächsten Beihilfenverteilung nicht mehr berücksichtigt werden.
Leipzig, am 19. Februar 1921. R.-M. 19/12.
Der Rat der Stadt Leipzig.

Erprekaut- u. beihilfenunterstützter Gültungsverkehr

Die preussische Geschäftsverteilung Leipzig-Daußhof wird vom 28. Februar bis 11. März d. J. für den Eingang von Erprekaut- und beihilfenunterstütztem Gültverkehr gesperrt. Alle Erprekaut- und beihilfenunterstützten Gültverteilungen, welche während dieser Zeit auf den preussischen Linien für Leipzig einlaufen, werden nach dem Eisenburger Bahnhof

geleitet und sind dort im Empfangsgebäude in Empfang zu nehmen.

Der Versand von Erprekaut und beihilfenunterstütztem Gült erfolgt unverändert von Leipzig Hauptbahnhof.
Leipzig, den 18. Februar 1921.
Eisenbahn-Verkehrsamt.

Auslandsaufverteilung.

In nächster Zeit kommt auf die Marke 13 R der allgemeinen Lebensmittelkarte Reihe R 2 Pfund Auslandszucker zum Preise von 6.30 Mk. zur Verteilung.
Anmeldung in den Zucker führenden Geschäften bis 24. Februar. Die Anmeldung verpflichtet zur unbedingten Abnahme des Zuckers. Ver-

spätete Anmeldungen können nicht berücksichtigt werden.

Markenabgabe in der Bezugsbeihilfenstelle Freitag, den 25. Februar, Nr. 1-1500
Sonntags, den 28. Februar, Nr. 1501 bis Schluss des Berechnungsausschusses.

Die ausstehenden Beihilfen B 7 sind auf auszubehalten. Der Abgabetermin beim Grohhändler wird nach bekanntgemacht.
Ernährungsamt Leipzig, am 19. Februar 1921.

Fachklassen für kunstgewerbliche Frauenkleidung mit Lehrgängen für Kleidentwurf, Farbübungen, Gestaltungslehre, Schmutztechnik, Kostümgelichte, Sticker und Seiden. Anmeldung täglich 2-6 Uhr.
Leipzig, den 20. Februar 1921.

Höhere Schule für Frauenberufe zu Leipzig, Schillerstraße 9.

Das gute Niebeck Bier 8%

Zwei Kampflieder Kurt Eisners. Zum zweiten Jahrestag seines Todes.

Gesang der Wölfer. Melodie: Niederländisches Volkslied.

Wir werden im Sterben Um ferne Gestirne. Sie blinken im Sinken Und stürzen in Nacht.

Die Zeiten entgleiten. Die Erde erbebt. Es krachte das Alte Ins Herz junger Zeit.

Wir schwören zu hören Den Ruf der Freiheit. Wir kämpfen in Stürmen Die heiligen Höhen.

Lehler Marjch Den Zuchthäuslern gewidmet. (Beim Rundgang im Kerkerhof zu singen.)

Schritt für Schritt, O Freund, geh mit! Die Not Wirbt Mut. Blut umher, Die Zeit läuft quer!

Ich und du Verlagen Ruh: Die Stadt Wird wach; Schreiet schwer Ein düstres Heer.

Schritt für Schritt, Der Tod geht mit. Das Haupt Trag hoch! Liegt nichts dran: Du warst ein Mann!

Am Neudeck, 22. 6. 18.

Jimmie Higgins

Von Upton Sinclair.

Siebenundzwanzigstes Kapitel.

Jimmie Higgins stimmt für die Revolution.

87]

Ein neuer Tag war angebrochen, obgleich Jimmie in seinem Verließ dies nicht bemerkt hatte. Er wachte bloß, daß Feldwebel Perkins zurückgekehrt war und auf ihn herabsah, sich dabei nicht in den Zähnen hochend. Dieser kleine Bollschemel hatte die Waffensack länger ausgehalten als je ein anderer; Perkins fragte sich, was der Narr wohl damit zu erzielen glaube.

Doch galt es, sich weiter mit ihm zu beschäftigen, denn der Leutnant hatte bereits telefonisch angefragt, ob der Gefangene zur Einsicht gekommen sei, und hatte die Dringlichkeit des Falles betont. So hing der Feldwebel Jimmie abermals an den Daumen auf diesen armen Daumen, die entsehtlich angeschwollen und ganz schwarz waren. Dieses Mal jedoch legte sich die gute Mutter Natur ins Mittel der Schmerz war so furchtbar, daß Jimmie das Bewußtsein verlor, und als der Feldwebel sah, daß er um seine Mützen betrogen werde, band er Jimmie los und ließ ihn auf den feuchten Steinen liegen.

Drei Tage lang bestand Jimmies Leben abwechselnd aus Follertouren und Ohnmachten — die übliche Routine der dritten Sektionsmethode bei hartnäckigen Fällen. In klaren Augenblicken hörte Jimmie zu dem Gott in seiner Seele auf, und dieser Gott nahte in seiner Glorie von himmlischen Heerscharen begleitet, Triumphgesänge ertönten in Jimmies Seele —, und der Gefangene „kam nicht zur Einsicht“.

Am vierten Tage betraten seine drei Henker das Verließ, hoben ihn auf, trugen ihn die Treppen hinan, hüllten ihn in Decken und setzten ihn in ein Automobil.

„Hören Sie,“ — sagte Perkins, der neben ihm saß — „Sie kommen jetzt vor Kriegsgericht. Haben Sie verstanden?“

Jimmie gab keine Antwort.

„Und ich will Ihnen nur eines sagen — in Ihrem eigenen Interesse — wenn Sie den Leuten vorliegen, wir hätten Ihnen etwas getan, so schleppte ich Sie ins Verließ zurück und reißte Ihnen jedes Glied einzeln aus.“

Jimmie schwieg noch immer; verbodener kleiner Teufel, dachte Perkins bei sich. In Jimmies Seele jedoch flackerte Hoffnung auf. Konnte er sich jetzt an höhere Instanzen wenden und seinen Henkern entkommen? Jimmie glaubte an sein Land, glaubte an die Absicht seines Landes, die Demokratie zu verteidigen. Er hatte die herrlichen Reden des Präsidenten Wilson gelesen und es schien ihm unmöglich, daß der Präsident gestatten würde, einen Gefangenen zu foltern. Doch ach, es ist weit von Archangelst bis zum Weißen Haus, — und die Strecke wird noch weiter, mißt man sie durch die Verzweigungen des Armeeparates, — denn dann starrt der Bureaucratismus wie eine Hindenburglinie von Stacheldraht.

Jimmie wurde in ein Zimmer geführt, in dem sieben streng und feierlich dreinschauende Offiziere um einen großen Tisch standen. Perkins hielt ihn unter den Achselhöhlen, um den Eindruck hervorzuheben, der Gefangene könne gehen. Jimmie ward auf einen Stuhl gesetzt; er blickte sich um — die Gesichter, die er sah, hielten ihm wenig Hoffnung ein.

Der Vorstehende des Kriegsgerichts war Major Caddis, früher Professor der Nationalökonomie an einer großen Universität; das heißt, er war von einem Bankierhändler gewählt worden als sein Mann, der fest an die herrschende Klasse glaubte, und durch

nichts auf der Welt veranlaßt werden könnte, an etwas anderes zu glauben. Er war ein äußerst ehrenhafter Mensch, „leinesgleichen“ gegenüber lebenswürdig und anziehend; doch hatten, seiner Ueberzeugung nach, die unteren Klassen unbedingt zu gehorchen, da das Befehlen der zivilisierten Gesellschaft auf diesen Gehorsam begründet war.

Neben ihm saß Oberst Rye, ein völlig verschiedener Typus. Rye hatte Mexiko und Mittelamerika als Glücksritter durchstreift und hatte sein Glück als Führer einer jener Condottieri-Banden gemacht, die vor dem Kriege von den großen Körperschaften organisiert worden waren, um Streiks niederzuschlagen. Er hatte eine Privatarmee von fünftausend Mann befehligt, Reiter, Fußtruppen und Artillerie, dem Publikum unter dem Namen „Smithers-Detektiv-Agentie“ bekannt. Während eines großen Kohlengrubenstreiks hatte ihn die Staatsregierung zum Führer der Miliz ernannt und er hatte sich damit befaßt, die Maschinenmacher gegen eine von Frauen und Kindern bewohnte Zellkolonie loszulassen. Es wurde gegen ihn von einem Miliz-Kriegsgericht ein Prozeß wegen Mord angesetzt, der mit seiner Freilassung endete — so daß von nun an kein Zivilgericht ihn zum Tod durch den Strang verurteilen konnte. Nun war er automatisch von der Miliz ins reguläre Heer übergegangen, wo er als äußerst tauglicher Offizier mit viel Sinn für Disziplin galt.

Brumierleutnant Olson war Kommiss in einer Kurzwarenhandlung gewesen; er hatte sich freiwillig in ein Exerzierlager gemeldet und da er ein Streber war, blickte er stets nach seinen Vorgesetzten, bevor er ein Urteil aussprach; das gleiche galt von Hauptmann Cushing, vor dem Kriege ein gutmütiger junger Bauknecht mit einer hübschen Frau, die sein Gehalt stets ein paar Monate früher ausgab, als er es bekam. Der fünfte Offizier, Leutnant Gannett, sprach am meisten, weil er Jimmies direkter Vorgesetzter war und die Redereien im Prozeß geleitet hatte. Er und Major Brentice, der Auditor, hatten die ganze Sache entdeckt, zusammen mit Hauptmann Arthur, dem jungen Anwalt, der formell Jimmies Verteidiger war. Diese drei Anklagen, der Fall sei äußerst ernst, die bolschewistische Propaganda bei der Expedition von Archangelst müsse im Keim erstickt werden. Jimmie war wegen Insubordination und Aufhebung zur Rebellion angeklagt. Darauf stand Todesstrafe. (Gefolgung folgt.)

Bücherschau.

Vom Herzen und den Blutgefäßen. Von Prof. Dr. med. Kerschstein. Max Hesses Verlag, Leipzig. Preis 4.50 Mk. Das Buch Kerschsteins ist ein Bändchen der „Hausbücher zur Erhaltung der Gesundheit“, das für manche eine Quelle der Beruhigung, für viele aber ein getreuer Mahner und Warner sein kann. Eine kurze geschichtliche Einleitung berichtet über den Erkenntnisweg zum Verständnis des Herzens und der Blutgefäße. Der Bau des Herzens und der Blutgefäße wird unter Beifügung guter Bilder allgemeinverständlich besprochen, so daß die Leistungen des ganzen Apparats des Blutkreislaufs sich leicht begreifen lassen, daß aber auch die Störungsercheinungen und Krankheiten mit ihren Folgen sich zu einem klaren Bild entfalten. Besonderes Gewicht wird auf die Ursachen der Erkrankungsercheinungen gelegt, insbesondere auf die Einwirkung der Giftstoffe, die von außen zugeführt werden, wie Alkohol, Tabakgitt, Kaffee und Tee, sowie auch der Gifte, die aus der Tätigkeit des Körpers selbst hervorgehen. Die Fingerzeige und Ratsschläge zur Verhütung von Herzkrankheiten entstammen dem reichen Erfahrungsschatz des Verfassers, der mit diesem Sondergebiet schon lange Jahre durchaus beschäftigt hat. Nach Inhalt und Form darf das Buch einem weiten Leserkreise empfohlen werden. Dr. P.

Das Recht auf Gesundheit und die Pflicht, sie zu erhalten von Emil Abderhalden, Verlag von S. Hirzel, Leipzig. Preis 6 Mk.

Als Professor der Physiologie, also der Lebensvorgänge im Körper, ist Abderhalden wohl berufen, über Gesundheitsfragen ein gewichtiges Wort mitzusprechen. Es ist leider allzu wahr, daß die Fürsorge für gesundheitlich minderwertige Mitmenschen die Mittel verknüpft, die auf die Fürsorge für Gesunderhaltung der Volksmasse verwendet werden sollten. Der vorausschauende Sozialpolitiker darf sich nicht an den Augenlidseriosa hängen, er muß auf die kommenden Generationen bedacht sein. Egoismus und Kostengeiz sind die schwersten Hemmnisse auf dem Wege zur Gesundung des Volkes, das durch die Kriegsjahre heruntergewirtschaftet ist. Die Gedankenänge in dem Buche, die einen Weg zur Gesundung darstellen, sind durchaus beachtenswert. Abderhalden stellt sich kritisch zu einer Reihe von sozialhygienischen Forderungen, deren schablonenhafte Durchführung ihm nicht den rechten Fortschritt bedeutet. Die Fragen der Arbeitszeit, der Arbeitsruhe, der Wohnung, der Ernährung finden so ihre Behandlung. Wenn auch das Programm der Kleinwohnungen nicht das erstrebenswerte Ziel bedeutet, so liegt doch in der Forderung der Erziehung zum Bescheidwissen: Ernährungsfragen ein durchaus neues Bestreben, denn es ist unöstlich mit der biologischen Einstellung des Unterrichts verknüpft, dessen Nutzen sich in der Säuglings- und Kinderpflege erweisen würde. Der Kampf gegen Alkoholismus und die Volksleiden ist eine selbstverständliche Forderung des Physiologen. Aus dem Recht jedes einzelnen auf Gesundheit erwächst aber andererseits die Pflicht, seine Gesundheit zu erhalten. Das bedingt freilich, daß vor allen Dingen jeder zur Erkenntnis dieser Pflicht kommen muß, und zwar so früh als möglich. Darum müssen die Eltern dazu befähigt werden, Lehrer für ihre Kinder zu sein, um in ihnen das Verantwortungsbewußtsein zu erwecken, das ihnen mit der körperlichen und geistigen Gesundheit eine schaffensreudige Zukunft gewährleistet.

Die Beschäftigung mit den im Buche Abderhaldens aufgeworfenen Fragen ist für jeden nützlich und wertvoll, denn selbst wenn nicht jede Schlussfolgerung unbesehen hingenommen werden soll, so liegt doch über dem Ganzen die Stimmung erster Sorge um das Wohl und Gedeihen des Volkes in der Gegenwart und der Zukunft. Dr. Popik.

Kleine Chronik.

Der Troubadour. (Aufführung für das Arbeiter-Bildungsinstitut.) Die Aufführung war im allgemeinen recht erzieulich. Die Darsteller waren mit Leib und Seele bei ihrem Spiel und wählten den düsteren romantischen Ton, der über dem Stück schwebt, ausgezeichnet zu treffen. Der Troubadour Rudolf Jägers enthielt durch seine männliche Kraft und den beherzten Hekt, den er der Stimme des Minnesängers zu geben wußte. Ebenso vortrefflich gezeichnet war die tragische Gestalt seines Gegenspielers der Graf Luna Ernst Bossong. Mine Sanden ist als leidenschaftliche und hingebungsvoll liegende Leonore kaum zu überreifen. Auch das übrige Ensemble bot im Einzelnen und im Zusammenhange gesanglich und darstellerisch alles, was man wünschen konnte. Nur ist das Philharmonische Orchester kein Opernorchester und ließ das unter Albert Conras Leitung, der sich mit viel Liebe des Wertes angenommen hatte, doch recht deutlich merken. Das Opernspiel

verlangt von einem Orchester eben eine ganz besondere Schülung, die nicht aus dem Stregreis zu erhaschen ist. Es ist ein Glück, daß das Orchester im Troubadour gegenüber den Singstimmen stark in den Hintergrund tritt, sonst hätte man wohl nicht den Eindruck einer einheitlichen und befriedigenden Wiedergabe der Oper mit nach Hause genommen. Pz.

Neues Theater. Carmen (Frl. Barby als Gast). Die Rolle der Carmen erfordert die feinste psychologische Ausarbeitung in Stimme wie in Spiel. Man kann von Frl. Barby von der Dresdner Staatsoper helbes nicht behaupten; es spricht aber nicht für sie, daß es eher noch von ihrem Spiel gesagt werden kann, das stellenweise ein dramatisches Pathos entwickelt, das man auf diesen Brettern nicht gewohnt ist. Im großen und ganzen aber unterließ das Spiel eine Auffassung, von der die Stimme beherrscht war; es lag in ihr eine primitive Rohheit, die man Carmen trotz ihrer Dirnenhaftigkeit nicht zutrauen darf. Im übrigen war ihre nicht sehr schöne Stimme in der Höhe sicherer und kräftiger als in der Mittellage. — Ein Wort unelgeschränkter Lobes noch der leistungsvollen Stimme Frl. Martinns (Micaela) und der kraftvollen Stimmführung Rismanns als José und Bossongs als Escamillo, sowie der Regie, die ein packendes Bild bewegten spanischen Lebens vor unsern Augen entrollte. (Man entschuldige den Kinostil, er ist bei Carmen durchaus am Platze.) a. b.

Achtzehntes Gewandhauskonzert. Von den drei kirchlichen Werken, die Anton Dvořak geschrieben hat, ist gegenüber seinem Oratorium Lubmilla und seinem Requiem das Stabat mater am bedeutendsten. Die melodischen Linien wie der ganze Aufbau sind von Leidenschaft und tiefem Schmerz durchdrungen, besonders im Mysterioso (Die Leiden der Maria) verwendet er Farben, die im Kubörer tiefen Eindruck hinterlassen. Herr Prof. Straube sei Dank, daß er sich des Wertes angenommen hat; wenn es auch an das Requiem von Brahms oder Berlioz nicht heranreicht, so ist es doch Musik, die zum Herzen geht. Die Aufführung unter Herrn Prof. Straube gelang sehr gut und der Chor wie die Solisten Frau Else Pfeiffer-Siegel (Sopran), Frau Frieda Schreiber (Alt), Herr Hans Weyer (Tenor), Herr Oscar Wagner (Baß) gaben künstlerisch wie musikalisch ihr Bestes. Herr Max Felt (Orgel) und unser Gewandhausorchester spielten das Werk mit viel Liebe. L.

„Die Entstehung des Menschen und die Vorherbestimmung des Geschlechts“ betitelt sich ein Vortrag, den Herr Friedrich Robert im Zentraltheater-Festsaal hielt. In einer entsehtlich weilschwelgen Darstellung von 1 1/2 Stunden Dauer veruchte der Redner zunächst durch eine Einführung in die physiologischen Vorgänge bei Befruchtung und Eireifung den Boden für das Verständnis seiner „neuen und fundamentalen“ Theorie der Vorausbestimmung des Geschlechts zu bereiten. Leider war das, was er vorbrachte, ebenso unwissenschaftlich wie unpopulär. Denn es entbehrt jeder logischen Stüderung und strotzte von Widersprüchen und machte es andererseits durch seine Verworrenheit und den Wust von unarbeiteten Einzelheiten dem Laien völlig unmdglich, ein klares Bild über die behandelten Vorgänge zu gewinnen. Die Theorie Roberts selbst läßt, soviel sich aus der ungeschickten Darstellung entnehmen ließ, darauf hinaus, daß der Same, der erst längere Zeit nach dem äußeren Befruchtungsgatt die Eizelle erreicht, mit dieser zusammen ein kind weiblichen Geschlechts ergibt, während der rasch zur Vereinigung mit der Eizelle gelangende männliche Nachkommen liefert. Diese Theorie wird in der Wissenschaft schon lange diskutiert, nur wagt man da nicht so schnell und begeistert ein zustimmendes Urteil abzugeben. Herr Robert scheint uns bei der unwissenschaftlichen Art seines Denkens nicht berufen, in dieser Frage die endgültige Klärung zu schaffen. Der Bruch der Ueberzeugung genügt dazu nicht. Der Vortrag war jedenfalls ein Musterbeispiel dafür, was keine Aufklärung, sondern nur Verwirrung ins Volk bringen kann. Pz.

Schauspielhaus. Sonntag, 27. Februar, vormittags 11 1/2 Uhr, künstlerische Morgenfeier: Christian Morgenstern. Gustav Herrmann spricht über den Dichter, der in diesem Jahre sein 50. Jahr vollendet hätte, und gestaltet rezeptorisch sein Lebensbild durch charakteristische Auswähl aus der Prosa, den Epigrammen und den heiter grotesken Gedichten der Palmströmart. „Wisher Ungebrudtes aus dem Nachlaß. Zum Beschluß Uraufführung der lustigen Scene Egon (Hans Steiner) und Emilie (Gertrude Langfelder). — Friedrich Raghlers derbes Lustspiel in 5 Bildern Jan der Wunderbare, das am Sonntag, 27. Februar, von Frl. Biehweg in Szene gesetzt, zur Uraufführung kommt. In den Hauptrollen beiegt mit Otto Werther (Titelrolle), Georg August Koch, Reinhold Balau, Adolf Braunstein, Stella David, Gertrude Langfelder, Annemarie Niemann. — Bühnenbilder und Kostüme in der Art des Meisters von Franz Nitzsche.

Gegen die Verunstaltung des Ortsbildes. Der preußische Minister für Volkswirtschaft wendet sich dagegen, daß die bestehenden Vorschriften in dem Gesetze gegen die Verunstaltung von Ortschaften und ländlich hervorzuhenden Gemeinden und im Wohnungsgesetz, die den Schuß gegen unschöne Bauten bezwecken, in der Praxis immer noch nicht in genügendem Umfange angewendet werden. Diese Gesetze geben den Gemeinden die Möglichkeit, die Verunstaltung durch häßliche Bauten auf gewissen Gemeindeflächen zu verhindern. Manche Gemeinden haben bisher nicht einmal eine Bestimmung, die sich gegen solche Verunstaltungen richtet, in ihr Ortsstatut aufgenommen.

Die jetzt neu entstehenden Siedlungen, die meist aus Reichs- und Staatsmitteln gebaut werden, werden ja oftmals nach Entwürfen ausgeführt, in denen auf eine möglichst schöne Gesamtwirkung Rücksicht genommen worden ist, aber die Gemeinden müssen selbst dafür Sorge tragen, daß solche Siedlungen, die wirklich vielleicht einmal ein hübsches Bild abgeben, nicht durch nachträgliche Anbauten oder Abänderungen wieder verunstaltet werden. Dagegen können sie sich durch diese Gesetze schützen.

Es ist absichtlich unterlassen, daß das Ministerium Einzelvorschriften oder Musterbeispiele erläßt, weil diese die Gefahr in sich tragen, daß überall nach denselben Gesichtspunkten gearbeitet wird.

Sollten sich Widerstände bei der Durchführung dieser Bestrebungen geltend machen, so verweist der Minister noch besonders auf den Artikel 4 § 1 Ziffer 4, insbesondere aber auf den Artikel 9 § 2 des Wohnungsgesetzes, wo es allgemein heißt: „Bei der Ausführung von Bauordnungen ist das Interesse des Denkmals- und Heimatschutzes zu berücksichtigen.“ Danach können durch kirchliche Bauordnungen unter Umständen noch weitergehende Vorschriften als durch Ortsstatute auf Grund des Verunstaltungsgesetzes gegeben werden. In ihnen kann entgegen dem früheren Rechtszustand nach welchem beim Fehlen eines Ortsstatuts nur grobe Verunstaltungen verhindert werden konnten, nunmehr jeder Beeinträchtigung der im Artikel 9 § 2 gedachten Art entgegengetreten werden.

Der literarische Nachlaß von Vassalle aufgefunden? Wie Berliner Blätter melden, soll der reiche literarische Nachlaß von Ferdinand Vassalle auf dem Schloß des Fürsten Hermann von Saksfeld aufgefunden worden sein.

Aus der Umgebung.

g. Engelsdorf. Aus dem Schulvorstande. Das Ministerium hat die Besetzung der 12. Lehrerstelle durch Herrn Raabes bestätigt. Die Einführung der Mädchen-Fortbildungsschule muß wegen Schwierigkeiten in der Beschaffung von Lehrkräften und wegen Fehlens der notwendigen Mittel um ein Jahr zurückgestellt werden. Das Gesuch des Schulvorstandes von Baalsdorf um Übernahme der Fortbildungsschüler und -schülerinnen wurde deshalb abgelehnt. Zur Ausbildung je eines Lehrers als Mädchen-Fortbildungsschullehrer und im Handfertigkeitunterricht wurden insgesamt 1400 Mk. bewilligt. Es wird beschlossen, zwei neue Lehrstellen zu gründen und für den Nabelarbeitsunterricht die Lernmittelfreiheit einzuführen. Für die übrigen Lernmittel sollen Mittel bereitgestellt werden zum Großeinkauf, um eine Verbilligung herbeizuführen. Das Entlassungsgesuch des Lehrers Heyne wurde zur Kenntnis genommen. Ein Antrag der Lehrerschaft um Besoldung nach Ortsklasse B wurde in Erwartung der bevorstehenden Ortsentscheidung abgelehnt.

g. Sommerfeld. Öffentliche Gemeinderats-Sitzung. Der Vorstand berichtete, daß Herr Vebac, Engelsdorf, in den Vorstand des Gemeindeverbandes für das Elektrizitätswerk Leipzig-Land gewählt worden ist. Der Nachtrag zur Kirchensteuerordnung über Erhebung eines Zuschlages zur Grunderwerbsteuer wurde gegen 6 Stimmen angenommen. Die Hundesteuer wurde wie folgt erhöht: Für den ersten Hund 15 Mk., für den zweiten 30 Mk. und für den dritten 75 Mk. Die Erhöhung wurde in erster Lesung gegen den Kommunisten Boigt angenommen. Die Nachforderung von Bezirkssteuern für 1920/21 von 944.61 Mark wurde bewilligt. Von der abermaligen Erhöhung des Gaspreises vom 1. Februar ab von 1.20 auf 1.25 Mk. nahm man Kenntnis. Bei einer etwaigen weiteren Erhöhung soll Protest erhoben werden. Die Herstellung von Weawaisern, Ortstafeln und 79 Schilde-Schildern ist Herrn Malermeister Uhlmann übertragen. Der Aufstellung der Bauvorschriften für den Bebauungsplan D (Siedlungsland), dem Fabrikneubau des Herrn Schumann und der Abtretung von Straßenland gegen Tausch an Herrn Tiffe stimmte man zu. Ebenso einer Eingabe an die Reichsbahn zur Befreiung der Landbahn Bahnhöfe. Ueber die Errichtung einer Güterabestelle ist wegen der Finanzkrise noch keine Entscheidung gefaßt. Mit der Bestellung von zwei Weagons ungarischer Speisefabrik ist man einverstanden. Den Beitritt zur Aufrechterhaltung lehnt man ab. Der Plan am Schmelzwerk soll für 8 Mk. pro Quadratmeter an Herrn Schumann verkauft werden. Der Beitrag zur Landesversicherungsanstalt für unsere Gemeindebeamten beträgt 4384.60 Mk. Wegen bevorstehender Verteuerung des Steinmaterials beschloß man, sofort mit der Abfuhr von Steinen zu beginnen, um die Tauscher Straße neu zu beschottern. Von einem Herrn aus Leipzig wurde der Gemeinde Land zur Errichtung von Fabriken angeboten. Um den Ort der Industrie zu erschließen, beschloß man, die Angelegenheit weiter zu verfolgen.

h. Thelma. Aus dem Gemeinderat. Der Gemeindevorstand gibt zunächst den Verwaltungsbericht über das vergangene Jahr. Es haben 14 Gemeinderats-Sitzungen stattgefunden. Die Ausschüsse tagten in 68 Sitzungen. In größeren Aufgaben wurde die Pflasterung der Hauptstraße und die Einlegung der Wasserleitung erledigt. Die gesamten Straßenpflasterungs-, Beschotterungs- und Herstellungsarbeiten verursachten 240 000 Mk. Kosten. Darauf sind 54 800 Mk. Reichs- und Staatszuschüsse, 7660 Mk. staatliche Wegebaulöhne, 13 800 Mk. staatliche Wegebaulöhne, 1450 Mk. Bezirksbeihilfe, 23 450 Mk. Beihilfe der Kreisbauhauptausschüsse Leipzig, insgesamt 101 100 Mk. geleistet worden. Die Hausanschüsse des Wasserleitungsbaues sind der Gemeinde mit 69 000 Mk. berechnet worden, so daß für Straßen- und Wasserleitungsbaue durch die Gemeinde 208 000 Mk. aufgebracht werden müssen. Diese Arbeiten ermäßigten für längere Zeit die Beschäftigung einer Anzahl Arbeitslosen. Ueber die Gemeindevorstandstätigkeit wurde berichtet: Die Registerkarte erhielt 2688 Eingänge; Postabgänge 2378. Der Ort zählte am Schlusse des Jahres 2030 Einwohner, und zwar 1011 männliche und 1019 weibliche. Die Viehzählung am 1. Dezember ergab: 61 Pferde, 139 Rinder, 30 Schafe, 252 Schweine, 300 Ziegen, 411 Gänse, 200 Enten, 1580 Kaninchen. Es gelangten 12 Grundstücksverkäufe zur Eintragung. Die Kaufsumme beträgt zusammen 233 640 Mk. Ausgestellt wurden 117 Einwohnermeldefcheine, 45 Arbeitsbücher, 49 Führungsbücher, 16 Gewerbemeldefcheine, 55 Stadtfahrkarten usw. Es wurden 14 Fundgegenstände abgeliefert. Ende des Jahres waren 97 Renteneinsparungen anwesend. Beim

Standesamt wurden 49 Geburtsfälle, 29 Todesfälle, 35 Eheschließungen beurkundet. Bei der Gemeindeparkasse wurden im abgelaufenen Kalenderjahre 2301 Einzahlungen im Betrage von 614 506.18 Mk. bewirkt. Dagegen erfolgten 945 Rückzahlungen von 370 313 Mk. Die Schule besuchten 159 Schüler und 167 Schülerinnen. Das sind 30 weniger als 1919. Der Umsatz in der Lebensmittelversorgung betrug 1 163 205 Mk. Für Erwerbslosenunterstützung mußten trotz ausgeführten Notstandsarbeiten insgesamt 99 259.14 Mk. aufgewendet werden, wovon 16 548 Mk. auf die Gemeinde entfielen. Sämtliche Gemeindefassen ergaben bei 653 970.62 Mk. Einnahmen und 637 046.02 Mk. Ausgaben einen Kasienbestand von 16 924.60 Mk. Als wesentliche Aufgabe für das neue Jahr dürfte der Bau von 2 Wohnhäusern in der Lindenstraße erscheinen.

Die Wahl der Ausschüsse änderte sich nur in der Verchiebung durch die Kommunisten an der bisherigen Zusammensetzung etwas. In den Schulvorstand wurden an Stelle von Frau Nagel Frau Held gewählt. Es wurden noch einige Sachen nichtöffentlich behandelt.

w. Wiederitzsch. Gemeinderats-Sitzung. Die Genehmigung der Amtshauptmannschaft zum Ortsgeleit über die Besteuerung des reichssteuerfreien Einkommens ist erteilt, vorbehaltlich des Einspruchs des Landesfinanzamts innerhalb eines Monats. Die Thüringer Gasgesellschaft teilt die Erhöhung des Gaspreises auf 1.25 Mk. mit. Die Gasanstalt soll wieder auf die manuelle Gaslieferung in den Abendstunden aufmerksam gemacht werden. Der Jagdpachtsteuer und Hundesteuer wurde in 2. Lesung zugestimmt. Das Hundesteuerjahr tritt vom

gegen R. wegen Rückzahlung der Kosten. R. ist nach einer gerichtlichen Freistellung durch die Amtshauptmannschaft mit 100 Mk. Geldstrafe und 21 Mk. Kosten belegt worden. Bei einer Revision des gesamten Gemeindeapparates durch die Amtshauptmannschaft wurde alles in bester Ordnung gefunden. In nichtöffentlicher Sitzung wurden für die bedürftigen Konfirmanden und für die der Kriegsbekämpften und -Witwen je 75 bis 100 Mk. bewilligt. Der Fürsorgeausschuss soll die Verteilung übernehmen.

w. Wiederitzsch. Mieterverein. Unter Hinweis auf das Reichsmietengesetz, das in einem Entwurf der Reichsregierung, dem Reichswirtschaftsrat und dem Reichsrat zugegangen ist, wonach die Zwangswirtschaft auf dem Gebiete der Wohnungsbeschaffung aufrechterhalten bleibt und feste Regeln für die Berechnung der gesetzlichen Miete aufgestellt werden, erübrigte sich auch für unsern Ort die Gründung eines Mietervereins. Für die Höhe der gesetzlichen Miete wird der Friedensjahr von 1914 in Anrechnung gebracht. Auch können die Hausbesitzer durch die oberste Landes- oder Gemeindebehörde zu notwendigen Instandsetzungsarbeiten in den Wohnungen gezwungen werden. Ausgehend von dem Grundsatze, daß Mietervereinungen doch nicht als solche Faktoren zu betrachten sind, um darin das gesellshaftliche Mittel zu erblicken, unbilligen Forderungen der Haus- und Grundstücksbesitzer entgegenzutreten, glaubt der Ortsverein der U.S.P.D., von der Gründung eines Mietervereins absehen zu können. Sollten aber doch wieder durch unterschämte Forderungen Wiederitzscher Hausbesitzer die Mieter schröpfen wollen, so ist der Ortsverein gewillt auf dem Posten. Außerdem sind in allen Mietsstreitfällen unsere bekannten Genossen jederzeit gern bereit, den Mietern entsprechende Aufklärungen und Schutz zuteil werden zu lassen.

h. Wöhlich-Ehrenberg. Demonstration. Die Arbeitslosen veranstalteten am Donnerstag, den 17. Februar, nach einer stattgefundenen Versammlung unter Mitführung einer roten und einer schwarzen Fahne eine Demonstration vor dem Gemeindeamt, wo sich eine Abordnung zu dem Gemeindevorstand begab und diesem den gleichen Antrag überreichte, wie ihn der Arbeitslosenrat in Leipzig beschloffen hat. Es wurde gefordert, daß den Arbeitslosen aus Gemeindefmitteln die in den sächsischen Notstandsgebieten bejahrten Sähe der Erwerbslosenunterstützung rückwirkend vom 1. November 1920 ab gezahlt werden und daß die Gemeinde sich unerschütterlich für Beseitigung der Notlage der Erwerbslosen mit einsetze. Das letztere wurde vom Gemeindevorstand ohne weiteres zugesichert. Dagegen konnte das erstere, weil es über den reichsgesetzlichen Rahmen hinausgeht, nicht zugesagt werden. Nachdem die Demonstranten von der Abordnung von dem Ergebnis Kenntnis erhalten hatten, zerstreuten sich diese.

Wätha. Aus dem Stadtparlament. Als Stellvertreter für den Tierarzt Scheibe wurde Tierarzt Busch-Dehsh gewählt. Die Rechnung der städtischen Volksbücherei wurde richtiggeprochen. Als Einnahme sind 598 Mk. und als Ausgabe 556.11 Mark zu verzeichnen, so daß ein Bestand von 40.89 Mk. vorhanden ist. In der Bücherei sind 1802 Bücher vorhanden, von welchen 1240 Stück zur Ausleihung kamen. Lefer waren 203 vorhanden. Auf eine Anfrage unserer Genossen, wie weit die Verschmelzung mit der Bücherei des Ortsvereins geblieben sei, konnte eine bestimmte Antwort nicht erteilt werden. Der Bürgermeister will der Sache nachgehen. In der Wasserwerksangelegenheit wurde beschlossen, daß allen denen, welche nicht über 6000 Mk. Einkommen haben, auf Antrag der Wasserzins um 25 Prozent ermäßigt werden soll. Bei der Umstellung der Stromleitung aus einer Nieder- in eine Hochspannungseitung zeigt sich wieder einmal die Raffgier der Gutsbesitzer. Es mußte die Leitung über die Grundstücke zweier Kreudniger Bauern gelegt werden, und für das Aufstellen der Masten wird eine dauernde Rente gefordert, außerdem noch freies Wasser. Nach langem Verhandeln einigte man sich auf eine einmalige Abfindungssumme von 500 Mk. Es wurde weiter dem Beschlusse des Armenausschusses, das Krankenhaus zu schließen und Wohnungen daraus zu machen, zugestimmt. Dadurch werden zwei Wohnungen gewonnen. Auf Beschluß des Eltern- und Lehrerrats wurde eine Beschwerde über das Kinoumwesen vorgebracht. Der Bürgermeister gibt bekannt, daß er jetzt auf Grund des Lichtspielgesetzes dem Kinowesen steuern könne. Es hembendete bei dieser Aussprache.

An unsere Postabonnenten!

Damit im Bezuge der Leipziger Volkszeitung keine unliebsame Unterbrechung eintritt, ersuchen wir unsere Postabonnenten, das Abonnement auf die Leipziger Volkszeitung schon jetzt zu erneuern. Unser Zeitung kostet durch die Post bezogen vierteljährlich 18 Mk., für einen Monat 6 Mk. Da in dieser Zeit das Lesen eines unabhängigen sozialistischen Blattes für jeden Parteigenossen, für jeden Streiter für Freiheit und Volksrechte überaus notwendig ist, sind wir davon überzeugt, daß alle unsere Abonnenten unsere Zeitung nicht nur weiterbezahlen, sondern ihr auch neue Leser zuführen werden.

Der einfachste und billigste Weg ist, bei dem Postamt oder bei dem Briefträger des Wohnortes zu abonnieren. Auf besonderes Verlangen liefert das Postamt die im laufenden Monat erschienenen Nummern gegen eine Gebühr von 30 Pf. nach.

Beim einmaligen Ausbleiben oder dem Fehlen irgendeiner Nummer wollen Sie immer beim Postamt Ihres Wohnortes (nicht bei unserer Expedition) reklamieren. Das Postamt gibt Ihre Beschwerde weiter und läßt dieselbe amilich erledigen.

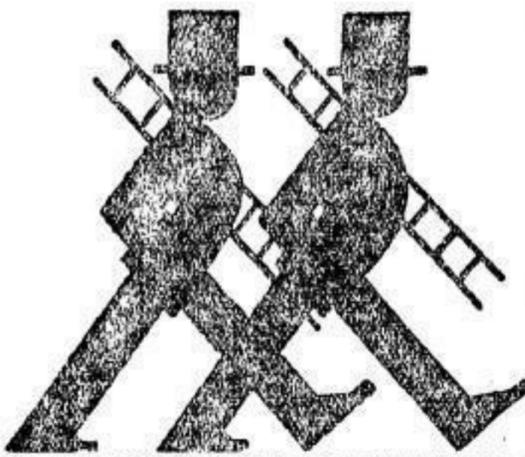
Werbt Abonnenten für die Leipziger Volkszeitung!

1. April bis 31. März. — Das Gesuch der Gemeindebeamten um Auszahlung des Ortszuschlages nach Klasse B wurde bis zur Veröffentlichung der diesbezüglichen Regierungsverordnung zurückgestellt. — Der Erhöhung des Gemeindearbeitertarifs wurde zugestimmt; die Angelegenheit eines neuen Tarifvertrags dem Verfassungsausschuss überwiesen. — Zwei ständige Lehrerstellen sind neu zu besetzen. Sie sollen ausgeschrieben werden. — Zu Ostern 1921 soll ferner ein neuer Schreiberlehrling, möglichst vom Orte, auf den Gemeindevorstand eingestellt werden. — Das Schreiben der Firma F. Moritz Müller wegen dem Beschlagnahmegericht der Wohnungen in ihrem zu errichtenden Wohnungsneubau soll unter Hinweis auf die gesetzlichen Bestimmungen beantwortet werden. Das Beschlagnahmegericht für Bauten ohne Staats- und Gemeindefzuschüsse tritt nur außer Kraft bei erstmaliger Besetzung. — Die zwangsweise Reparatur des Brunnens in dem Grundstück Ritter, Albert-Ortelstraße, soll auf Kosten der Gemeinde ausgeführt werden unter eventueller Anwendung des Einziehungsverfahrens

Die beste Bekämpfung der Schundliteratur

ist das Werben neuer Abonnenten für die Volkszeitung!

Während unseres Umbaues!!
Um Platz zu schaffen
Nur 6 Tage!
Sonder-Angebot!
Herren-Anzüge
zu unerhört billigen Preisen!
250.- 360.- 425.- 480.- 530.- 580.- 625.- 675.- usw.
Montag-Dienstag-Mittwoch-Donnerstag-Freitag-Sonnabend
Gebr. Manes Reichsstraße 11 Ecke Salzgäßchen.



Bei Grippe

verjäume man nicht, die Wäsche mit
Dr. Gentner's Salmiak-Terpentin- Seifenpulver Goldperle

zu waschen, denn Goldperle reinigt schnell und mühelos, zerstört alle Krankheitskeime und gibt der Wäsche frischen Duft.



Warnung vor Nachahmungen

Zunge Dösbäume
Schnittdämme und Zwerghäuser, pro Stück 10-20 Pf.
Johannis- und Stachelbeersträucher, pro Stück 2-3 Pf., offeriert
J. Schmidt, Foxdorf bei Bayersdorf (Bavarn).

Konsum- und Spargenossenschaft für Wurzen und Umgegend

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht
Montag, den 28. Februar, abends 7 1/2 Uhr
General-Versammlung
im Hotel Viktoria, großer Saal, zu Wurzen.
Tagesordnung: 1. Halbjahresbericht. 2. Revisionsbericht. 3. Aenderung des § 10 Absatz 1 und § 33 Absatz 1 des Statuts. Erhöhung des Eintrittsgeldes auf 2 Mark und Erhöhung des Anteils auf 200 Mark. 4. Festsetzung der anzurechnenden fremden Gelder. 5. Genehmigung eines Bauprojekts. 6. Eröffnung einer Verkaufsstelle in Bernsdorf und Aufhebung von Inventar für dieselbe. 7. Wahl von fünf Aufsichtsratsmitgliedern. 8. Aenderung der Statuten. 9. Sonstiges.
Zu einem zahlreichen Besuch dieser äußerst wichtigen Versammlung ladet ein
Der Aufsichtsrat. Max Kuder, Vorsitzender.

U.S.P.D. Gross-Leipzig

Mit-Leipzig, Bezirk Westen II. Dienstag, abends 8 Uhr, Sitzung bei Wappeler, Fontanowegstraße. Alle Gruppenführer, Funktionäre und die Genossen, die Kinder in die Volksschulen des Bezirks schicken, bitten wir, pünktlich und zahlreich zu erscheinen, da sehr wichtige Angelegenheiten. Um zahlreichem Besuch bitten
Die Bezirksleitung.

Revolutionäre

Theaterstücke usw.
Auswahl zu Diensten.
Karnevals- u. Zeit- u. Vereins-Artikel
Kataloge zu Diensten.
Lombolos
Liefert am reichhaltigsten
Alfred Zahn
(Seinrich Rühmeyer)
Telephon 11245. Ständige Musterausstellungen.

ADIL

das selbsttätige
Waschmittel
erzielt
ohne Flecken - ohne Flecke
blühendweiße Wäsche
Erspart Seife, Geld u. Kohle.
Rechtlich zu haben!
Vertreter:
Nich. Schiller, Gohlis
Luisenstraße 11.

Wegen bevorstehender
Meßräumung:
Einzelne
Korhsessel
Kinderwagen
mit großem
Preisnachlaß
Großlager
POPP
Gegründet 1863
Größtes
Spezialgeschäft
Panorama, Rospl. 5
Filiale:
Mülder-Passage
Neumarkt 11
Grimmische Straße 21

Hemden f. Herren 25.-
Hemdentuch u. Stoff m. 11.-
Hemdenbarchent m. 11.-
Anleit m. 25.-
Pettibehne u. Kissen 130.-
Platzentbettuch m. 35.-
Stübenhandtuch m. 5.-
Wischluch m. 5.50
Kochgeschirre 28. 1. 1.

Gegen Würmer

hat sich **Wurmfeind** als
Abwehrmittel für Gew. und
Kinder vortrefflich bewährt.
Nur echt **König Salomo-
Apothek**, Leipzig.

Telephonisch

können Anträge nur in ganz
außergewöhnlich dringenden
Fällen angenommen werden.
Für die richtige Wiederabe
telephonisch aufgebender
Anträge leisten wir
keine Garantie.
Erpedition d. Leipz. Volkszeitg.

Eltern-Abend

Diejenigen Genossinnen und Genossen der **USPD.**, welche ab Ostern ihre Kinder in die 45., 46. und 46a Volksschule Lindenau schicken, werden hierdurch zu einer am **Mittwoch, dem 23. Februar, abends 7 1/2 Uhr, in Stadt Lützen, Lindenau, Lützener Straße 85, tagenden**
VERSAMMLUNG
eingeladen.

Tagesordnung: 1. **Vortrag** über: Die Notwendigkeit und die Aufgaben der Elternräte. 2. Aufstellen von Kandidaten zu den kommenden Elternratswahlen. 3. Verschiedenes.
Genossinnen und Genossen! Im Interesse eurer Kinder habt ihr die Pflicht, vollzählig die Versammlung zu besuchen.
DIE OBLEUTE.

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Ortsverwaltung Leipzig
Volkshaus (Saalgebäude), Geschäftszeit: 8-10 Uhr vormittags, 12-1 Uhr nachmittags, Donnerstags und Freitags 4-6 Uhr nachmittags.

Freitag, den 25. Februar, abends 6 Uhr
Mitglieder-Versammlung
im großen Saale des Volkshauses.
Tagesordnung: **Amsterdam oder Moskau.**
Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse **Dr. Herz.**
Korreferent: Genosse **Fritz Wolf, Berlin.**
Freie Aussprache.

Kollegen und Kolleginnen! Erscheint vollzählig zu dieser für alle sehr wichtigen Versammlung. Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches oder Karte.
Die Ortsverwaltung.

Sektion Technische Betriebe und der Untergruppe für Handwerker in städtischen Betrieben

Dienstag, 22. Februar, abends 8 Uhr, im Gesellschaftsraum des Volkshauses
General-Versammlung (Fortsetzung).
Tagesordnung: 1. Wahl der Sektionsleitung. 2. Verschiedenes.
Kollegen! Sorgt für zahlreichem Besuch.
Die Sektionsleitung.

Familien-Nachrichten

Heute früh 2 Uhr verschied ganz plötzlich an einem Herzleiden, das er sich im Kriege zugezogen hatte, unser lieber Sohn u. Bruder, mein lieber Vater
Oskar Schwabe
in seinem 30. Lebensjahre. Er folgte seiner lieben Gattin nach zwei Jahren in die Ewigkeit.
Dölsig, den 20. Februar 1921.
In tiefer Trauer
Julius Schwabe und Frau.
Die Beerdigung soll Mittwoch, nachm. 3 Uhr, erfolgen.

Am 20. Februar, früh 7 Uhr, verschied nach langem Leiden mein lieber Mann, unser alter Vater
August Berger
im 58. Lebensjahre.
L. Unger, Schirmerstraße 5, 11.
In tiefstem Schmerze zeigen dies an
Die trauernden Hinterbliebenen.
Beerdigung Mittwoch, 23. Februar, nachm. 2 Uhr, von der Kapelle des Trinitatisriedhofes aus.

Für die liebevolle, aufrichtige Teilnahme beim Beimgange unserer einstigen heißgeliebten, unvergesslichen Tochter
Hertha
sagen wir allen Freunden und Bekannten, den Hausbewohnern, meinen Kollegen und ihren lieben Schulfreundinnen für den zahlreichen Blumenschmuck unseren innigsten Dank. Besonderen Dank Herrn Pastor Kahl, Herrn Kantor Haufe mit Chor für den erhebenden Gesang und Herrn Lehrer Kothe für die letzten schönen Worte an ihrer Bahre. Dies alles hat unseren betrieblen Herzen wohlgetan. Ihr aber, liebe Hertha, ruhen wir ein „Ruhe lauft“ in dein zu frühem Grab nach. Im Namen aller trauernden Hinterbliebenen **Otto Claus u. Frau, Penitz.**

Für die vielen wohlthuenden Beweise der Liebe und Teilnahme sowie den reichen Blumenschmuck beim Beimgange unseres lieben Entschlafenen laue ich hiermit im Namen meiner Kinder, der Mutter und Geschwister meinen herzlichsten tiefgefühltesten Dank.
L. Lindenau, Raduisstraße 22.
Lina verw. Malz.

Kleiner Anzeiger

Arbeitsmarkt

Perfekte Linnenkleber

in Hausarbeit für Flach- und Kreuzbodenbeutel lacht bei hohem Lohn
Papierwarenfabrik **G. L. Richter, Inh. Wilh. Richter**
Leipzig, Emilienstr. 10, Hofgebäude.
Zu melden vormittags von 9-12 Uhr. Wohnungslohn und Gehalt für Kleiner in mitzubringen.

Margarine!

Niederrheinisches Werk sucht erstklassigen
Generalvertreter
der mit bestgeeigneten Untervertretern arbeitet und über gute Lageräume verfügt. Angebote unter C. 77 an die Expedition dieses Blattes.

50 Mark täglich verdienen Sie durch Betrieb ein Haushaltsartikels. Für jede Hausfrau unentbehrlich. **Eiser & Co.**, Promenadenstraße 6.
16-19 i. juna. Mann für leichte Marktbesitzer Arbeit gesucht. **M. Wiertel, Diestauerstr. 44.**
Verkauf f. Wäsche u. Tisch. gesucht. Gehalt. Bad-Str. 33
Regelreicher gesucht. Weichenfelder Straße 15.
Haarierer! Händler! Darrenden täglich. Verdienst durch einen Malienblauer. **Eiser & Co.**, Promenadenstr. 6.
Ostermehlchen als Aufwahrung gesucht. Lind. Dreilindenstr. 12, II. Etz.

Herzog v. Burgund Cigaretten

KOWNOER
von Goldbach für nur 14.50
Gerberstr. 40 u. Eiserstr. 31
Wiedervert. u. Einzelvertrieb
ab Fabrik: Eiserstr. 17, 11.
Schuhwaren
geben auch in einzelnen
Paaren u. Einzelvertrieb
ab. Verkaufsst. 9-1 u. 3-6.
Friedr. Wagner Str. 12, 11.

Einige eleg. Cutaw. m. geit. Sol. u. 200 Kan. Geht. Anzug. 3 mod. Ans. neu. 375-500 Pf. **Ulmer, Laue Str. 10, I.**
Strawolle für Händler! Kilogr. 110 Pf. i. d. W. u. grau. **E. Wintler, Schleierstr. 2, 2.**
Federbett und Kissen. Bettstelle mit Matraze 100 vert. **Bauerische Str. 42, II. Etz.**
Bettstelle m. Matraze vert. **Holtzeit. 28, I. W.**
Bettstelle mit Matr. Hand- uhr u. Bildenarbeit. 46, I. I.
Kd. Gitterb., weiß, m. Matr. Kinderklappstuhl billig a. v. **Lind., Birkenstr. 8, v. 1.**
Nähmaschine, gutnähend. v. **Kappe, Münzberger Str. 11.**
K. Stow. Kaufische Gasse 10, III
Kammia. Gasofen preiswert **Demmeringstr. 63, v. 1.**
Kaffe-Ente u. -Entsch. zur **Kudt. 1 Jahr alt, 150 Pf. vert. K. Verhold, Gohlis Nr. 10.**
Stubenhühnch., reiß. 1 Sch. ges. **1 S. Reppischer, Boxterrier b. v. Lind., Birkenstr. 8, v. 1.**

Hausfrauen

fordert einzig und allein
Jurgens & Prinzens
Cocosa-
Pflanzen-Butter-Margarin
Solo-
Margarin
als besten Ersatz für
Butter
Verkaufs-Preis: □-Stück Mark 13.30, Pfund 13.- Mark
In allen Nahrungsmittelgeschäften und den Verkaufsstellen des Konsumvereins zu haben.
Laufend treffen frische Sendungen ein.
Fabrik-Lager: Eduard Brado, Leipzig
Kontor: Montebstr. 4 - Lager: Brandenburger Str. 4 - Fernspr. 2265

Schrein. e. Vertilo, Trumeau, Spiegel, Sofa, Chaiselongue, Stühle, Tische, Bettstellen, kompl. Kücheneinricht. u. v. a. billig gegen bar sofort a. vert. **Windmühlent. 25, I. Große.**
Küche u. Schlafz. Zimmer, mod. bill. a. vert. Teilzahl. gef. statt. **Pl. Calvinsstr. 20, Tischler.**
Sofa, a. d. Gitterb., 2 Betr. Tischl. Klappwagen in Verd. **Stoedlein, Kanisterstr. 34, 5. II.**
Sofa 100, Tisch 95, Bett m. W. **195, Dedb. 200, Ewaldstr. 17, v.**
Chaiselongue, Sofa **Grimmer, Konradstr. 59, v.**
Schneider-Nähmaschine, gr. **Ringstichs.** gut nähend. bill. **Gabelbergerstr. 19, part.**
Nähm. Tabu, Wühlstr. 2, I. I.
Kad mit Gummi u. Freilauf **Eisenbahnstr. 13, 5. II. v.**
Fast neuer Kinderwagen u. **Grönlach, Mittelstr. 16, v.**
Kinderwagen, i. gut erhalt. **gehl. Klappstuhl m. u. a. d. b. h. a. v. Lind., Birkenstr. 8, v. 1.**
K. Prom. u. Klappwagen **m. B. h. Linden Markt 11, I. v.**
Kinderklappstuhl vert. billig **L. Thoma, Mühlstr. 2, I. Etz.**
Wolf-Spin. (scharf) 8 Monate **alt, vert. Dobe Str. 27b, I. v.**

Felle-Einkauf.

Ich bin nach wie vor Käufer für alle Sorten roher Häute und Felle zu **Albin Wagner, Querstr. 27.**
höchsten Tagespreisen.

Kaufe Herren-Garderobe

Bett- u. Leibw. **Veihansisch, Kl. Kaufische Gasse 6, v. 1.**
Strassenbahn b. **Battenberg**
Kaufe Herren- u. Damen- **Wäsche, Bett, Tepp., Gardin.,** **Veihansisch, Gold- u. Silber-
Waren, sow. ganze Nachlässe**
**Steinweg 46, Lab.,
Telephon 312**

Kaufe Herren- u. Damen- **Wäsche, Bett, Tepp., Gardin.,** **Veihansisch, Gold- u. Silber- Waren, sow. ganze Nachlässe** **Steinweg 46, Lab., Telephon 312**

Kaufe Herren- u. Damen- **Wäsche, Bett, Tepp., Gardin.,** **Veihansisch, Gold- u. Silber- Waren, sow. ganze Nachlässe** **Steinweg 46, Lab., Telephon 312**

Kaufe Herren- u. Damen- **Wäsche, Bett, Tepp., Gardin.,** **Veihansisch, Gold- u. Silber- Waren, sow. ganze Nachlässe** **Steinweg 46, Lab., Telephon 312**

Kaufe Herren- u. Damen- **Wäsche, Bett, Tepp., Gardin.,** **Veihansisch, Gold- u. Silber- Waren, sow. ganze Nachlässe** **Steinweg 46, Lab., Telephon 312**

Kaufe Herren- u. Damen- **Wäsche, Bett, Tepp., Gardin.,** **Veihansisch, Gold- u. Silber- Waren, sow. ganze Nachlässe** **Steinweg 46, Lab., Telephon 312**

Kaufe Herren- u. Damen- **Wäsche, Bett, Tepp., Gardin.,** **Veihansisch, Gold- u. Silber- Waren, sow. ganze Nachlässe** **Steinweg 46, Lab., Telephon 312**

Kaufe Herren- u. Damen- **Wäsche, Bett, Tepp., Gardin.,** **Veihansisch, Gold- u. Silber- Waren, sow. ganze Nachlässe** **Steinweg 46, Lab., Telephon 312**

Bermischte Anzeigen

**Alredale-Terrier, kast., hell-
braun, m. idw. Sattel, breit,
Kopf, entlaufen. Hohe Be-
lohnung. Demmeringstr. 63, v. 1.**

Schwarzer Schäferhund

entlaufen. Gegen Belohnung abzugeben. **Albert
Dathmann, Ludwigstr. 1.**
Telephon 4121.

Geselligkeitsverein

in **Plagwitz** sucht noch
einige Damen und Herren
als Mitglieder. Off. unter
106 Fil. Weichenfelder Str.

Ihr Anzug

wird wieder wie neu ge-
reinigt u. gebügelt für
20 Pf. Abholung und Zu-
sendung frei. Postkarte ge-
hört an **Wäscherin Undine,
Lolpzig-Döllitz.**

Kammerjäger Wagner

wohnt **Senefelderstr. 11, 5. 1.**

Wohnungen

Deere Str. m. Hofst. 1. u. o. R.
Sucht sof. alleinlt. Fr. **Preisoff.**
A. Z. Johannisstr. 32 St. Pönnel
Tausche 22 Heustr. St. Ka. Kü.
m. Gas u. Zub. in **Plagw.** ges.
1 Stube, Kam. große Küche, m.
Gas und Zubehör in **Plagw.**
oder **Lindenau.** Off. u. **W. 3**
Fil. **Plagw. Weichenfelder Str.**

2 kleine Wohnräume

Monat 15 Pf. ges. 2-Zim-
mer-Wohnung mit Küche in
beliebiger Lage einzutau-
schen. **Verkaufsstelle Lindenau,**
Albertrinerstraße 63 a. III., ab
nachm. 4 Uhr, Frau Müller.
Tausche 11. Popis in Martranz-
stadt, ges. al. in Leipzig, ob. Bor-
orte. Off. u. A. 79 Erped. d. Bl.

Interate

und nicht an
die Redaktion
senden, a. d. **Expedition d.**
Leipz. Volkszeitg. zu richten.